



Protokoll

1. Parteitag, 2. Tagung
DIE LINKE. Landesverband Brandenburg
13. Dezember 2008
Blossin

Protokoll

Reden, Beschlüsse und Wahlergebnisse
der 2. Tagung des 1. Parteitages der Partei
DIE LINKE. Landesverband Brandenburg

13. Dezember 2008, Blossin

Herausgeber: DIE LINKE. Landesverband Brandenburg
Alleestraße 3
14469 Potsdam

Fertigstellung: Februar 2009

Satz und Layout: Reinhard Frank

Protokoll

der 2. Tagung des 1. Parteitages der Partei
DIE LINKE. Landesverband Brandenburg

Inhaltsverzeichnis

Tagesordnung mit Zeitplan	5
Geschäftsordnung	6
Wahlordnung	9
Bericht der Mandatsprüfungskommission	12
Reden	13
Ansprache des Parteiveteranen Dr. Karl Pfannenschwarz zur Eröffnung des Parteitags	13
Rede Thomas Nord	15
Rede Kerstin Kaiser	23
Rede Helmut Markov	32
Beschlüsse des Parteitages	38
Für Brandenburg: Zukunft sichern, Armut bekämpfen, Demokratie stärken.	
Original sozial: DIE LINKE. (Projekte 2009)	38
Änderung der Landessatzung der Partei DIE LINKE. Landesverband Brandenburg	50
Wahlergebniss des Parteitages	51
Liste Ersatzdelegierte Bundesausschuss	51

Tagesordnung mit Zeitplan

- 10.00 Uhr Eröffnung der Tagung
- 10.15 Uhr Rede des Landesvorsitzenden Thomas Nord zur politischen Situation nach der Kommunalwahl
- 10.40 Uhr Rede der Vorsitzenden der Landtagsfraktion Kerstin Kaiser zu den weiteren politischen Aufgaben im Wahljahr 2009
- 11.05 Uhr Rede des Europaabgeordneten Helmuth Markov zum Entwurf des Europawahlprogramms
- 11.15 Uhr Diskussion
- 12.00 Uhr Bericht der Mandatsprüfungskommission
- 12.05 Uhr Behandlung und Beschluss des Antrags von LV und LTF für einen Politikwechsel für das Land
- 12.20 Uhr Beschluss zu Änderungen an der Landessatzung (2/3-Mehrheit)
- 12.25 Uhr Wahl von Ersatzdelegierten für den Bundesausschuss, Aufstellung der Frauenliste und der gemischten Liste
- 12.55 Uhr Wahlgang und Mittagspause
- 13.55 Uhr Bekanntgabe der Wahlergebnisse
- 14.00 Uhr Behandlung weiterer Anträge
- 14.10 Uhr Schlusswort des Landesvorsitzenden

Geschäftsordnung

1. Leitung des Parteitages, Arbeitsgremien

- (1) Die Leitung des Parteitages erfolgt durch das Tagungspräsidium, welches aus bis zu 12 Delegierten des Parteitages besteht.
- (2) Der Landesvorstand benennt vor dem Landesparteitag gemäß § 16 Abs. 9 Landessatzung zur Vorbereitung:
 - das Tagungspräsidium
 - die Mandatsprüfungskommission
 - die Redaktionskommission
 - die Antragskommission
 - die Wahlkommission

Der Landesparteitag wählt die bzw. ggfs. andere BewerberInnen in die Kommissionen als Arbeitsgremien des Parteitages. Der Landesparteitag kann für einzelne Sachthemen weitere Kommissionen bilden.
- (3) In die Mandatsprüfungskommission, Redaktionskommission, Antragskommission und Wahlkommission können nur Delegierte des Parteitages gewählt werden. Diese Kommissionen können zur Unterstützung weitere Personen heranziehen. Die Wahlen zu den Kommissionen finden in offener Abstimmung statt, die Wahlordnung findet keine Anwendung.
- (4) Der Ablauf der Beratungstage des Parteitages richtet sich nach der beschlossenen Tagesordnung und dem beschlossenen Zeitplan.

2. Beschlussfähigkeit

- (1) Der Landesparteitag ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner satzungsgemäß gewählten Delegierten anwesend sind.
- (2) Die Beschlussfähigkeit wird durch die Mandatsprüfungskommission festgestellt. Sie erstattet dem Parteitag zu jedem Beratungstag einen Bericht über die Mandatsprüfung.
- (3) Zur Feststellung der Beschlussfähigkeit melden sich die Delegierten zu jedem Beratungstag bei der Mandatsprüfungskommission an. Verlässt ein/e Delegierte/r vor dem Schluss des Beratungstages für eine längere Zeit als eine Stunde das Tagungsobjekt, so meldet sie/er sich bei der Mandatsprüfungskommission ab. Die Mandatsprüfungskommission gibt gegebenenfalls dem Tagungspräsidium unverzüglich einen Hinweis, wenn sie erkennt, dass so viele Delegierte sich abgemeldet haben, dass in absehbarer Zeit die Beschlussfähigkeit des Parteitages gefährdet sein kann.

3. Rederecht, Worterteilung

- (1) Delegierte haben Rederecht. Gästen kann das Rederecht erteilt werden. Wortmeldungen sind schriftlich beim Tagungspräsidium einzureichen.
- (2) Das Wort wird durch das Tagungspräsidium erteilt. **Spricht ein/e Redner/in nicht zur**

Tagesordnung oder wird unsachlich, so ist sie/er zunächst zur Ordnung zu rufen. Setzt sie/er ihr/sein Verhalten fort, so ist ihr/ihm das Wort durch das Tagungspräsidium zu entziehen. Es darf ihr/ihm zum gleichen Tagesordnungspunkt nicht erneut erteilt werden. Die Worterteilung soll im Wechsel an Frauen und Männer erfolgen (quotierte Worterteilung).

- (3) Redebeiträge sind vom Pult zu halten. Zu Anfragen an das Tagungspräsidium oder an RednerInnen sowie Anträgen zur Geschäftsordnung wird am Saalmikrofon das Wort erteilt.
- (4) Die Redezeit beträgt in der Regel 5, längstens 8 Minuten, bei Anfragen und Anträgen zur Geschäftsordnung eine Minute. Die Redezeiten für das Referat der/s Landesvorsitzenden und andere Referate werden mit dem Zeitplan gesondert beschlossen. Redezeiten für die Vorstellung von KandidatInnen bei Wahlen regelt die Wahlordnung.
- (5) Auf Antrag eines Stimmberechtigten und mit Beschluss des Parteitages kann von diesen Regelungen abgewichen werden.

4. Stimmrecht, Beschlussfassung

- (1) Stimmrecht haben alle anwesenden satzungsgemäß gewählten Delegierten.
- (2) In der Anlage 1 zu dieser Geschäftsordnung werden die Delegierten aufgezählt, die lediglich Gastmitglieder der LINKEN sind (§ 5 Landessatzung). Sie haben für die Dauer des 1. Landesparteitags bei allen Tagungen Stimmrecht bei Abstimmungen zu allen Anträgen, außer bei Abstimmungen über Satzungsangelegenheiten, über Finanzordnungen, Finanzpläne, die Verwendung von Finanzen und Vermögen und über Haftungsfragen.

Sie haben das aktive Wahlrecht bei den Wahlen zu den Arbeitsgremien des Landesparteitags sowie bei den Wahlen des Landesvorstands, der Landesfinanzrevisionskommission, der Landesschiedskommission und den Delegierten im Bundesausschuß, das passive Wahlrecht bei der Wahl der Delegierten zum Bundesausschuss sowie das Recht Kandidatinnen oder Kandidaten zu den Wahlen vorzuschlagen.

- (3) Beschlüsse werden in offener Abstimmung mit einfacher Mehrheit gefasst, Stimmgleichheit gilt als Ablehnung. Dies gilt auch für Wahlen nach Ziffer 1 Absatz 3. Beschlüsse zur Änderung der Geschäftsordnung werden mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit **der anwesenden Stimmberechtigten** gefaßt.
- (4) Jede/r Delegierte hat das Recht, im Anschluss an einen Tagesordnungspunkt, eine Wahl oder eine Abstimmung eine persönliche Erklärung oder eine Erklärung zum Abstimmungsverhalten zu geben. Sie sind dem Protokoll beizufügen. Minderheitenvoten sind Erklärungen in diesem Sinne.

5. Abstimmungen, Reihenfolge

- (1) Änderungsanträge zu vorliegenden Anträgen sind beim Arbeitspräsidium schriftlich bis zum jeweils beschlossenen Antragsschluss einzureichen.
- (2) Initiativanträge sind bis zum jeweiligen Antragsschluss schriftlich mit kurzer Begründung beim Arbeitspräsidium einzureichen. Sie bedürfen der Unterschrift von 18 Delegierten.
- (3) Das Arbeitspräsidium übergibt die eingegangenen Anträge den jeweiligen Kommissionen. Diese unterbreiten dem Landesparteitag Vorschläge für den Umgang mit den Anträgen. Zu

den Vorschlägen erhält zunächst der Antragsteller und danach jeweils ein/ Redner/in dafür und eine/r dagegen das Wort. Die Reihenfolge bei der Abstimmung richtet sich danach, dass der weitestgehende Antrag zuerst abgestimmt wird, es sei denn, die jeweilige Kommission unterbreitet wegen des spezifischen Sachverhalts einen anderen Vorschlag.

- (4) Erklärt ein Antragsteller die Übernahme eines zu seinem Antrag eingebrachten Änderungsantrags, so wird der Antrag in der Form mit der übernommenen Änderung zur Abstimmung gestellt. Auf Verlangen mindestens eines Delegierten ist die bisherige Form des Antrags an der geänderten Stelle wie ein Änderungsantrag zu behandeln und abzustimmen. Das Verlangen zu diesem Verfahren muß unmittelbar nach der Übernahmeerklärung vorgebracht werden.
- (5) Anträge zur Geschäftsordnung werden mündlich durch Delegierte gestellt. Während eines Abstimmungsvorganges können keine Anträge zur Geschäftsordnung gestellt werden. Für die Antragstellung wird außerhalb der RednerInnenreihenfolge das Wort erteilt. Als Antrag zur Geschäftsordnung gilt:
 - Antrag auf Abschluss der Debatte
 - Antrag auf Änderung der Tagesordnung
 - Antrag auf Abberufung des Arbeitspräsidiums
 - Antrag auf Abbruch der Tagung des Landesparteitages.Das Wort erhalten unmittelbar im Anschluss daran jeweils ein/e Redner/in dafür und eine/r dagegen, dann erfolgt die Abstimmung.

6. Sonstige Regelungen

- (1) Vom Verlauf der Tagungen des Landesparteitages erfolgen Tonband- bzw. Videoaufzeichnungen. Sie dienen ausschließlich archivarischen Zwecken. Jede/r Redner/in nennt zur sicheren Erstellung des Protokolls vor dem Redebeitrag ihren/seinen Namen, soweit dies vom Arbeitspräsidium nicht bereits getan wurde.
- (2) Die Prüfung der Beschlussfähigkeit erfolgt auf Antrag eines Stimmberechtigten durch die Mandatsprüfungskommission. Diese stellt das Ergebnis anhand der Anwesenheitsliste fest. Bei Beschlussunfähigkeit ist der Beratungstag zu vertagen.
- (3) Im Tagungsraum ist der Konsum jeglicher Drogen untersagt. Das Rauchen ist im Tagungsobjekt an den dafür gekennzeichneten Stellen gestattet.
- (4) Das Hausrecht während der Tagung übt der/die Landesvorsitzende mit den dafür von ihr/ ihm bestimmten Personen des Organisationsbüros aus. Es wird gebeten, zur Sicherung eines reibungslosen Ablaufs der Beratungen ihren Anweisungen unbedingt Folge zu leisten. Das Hausrecht in Räumen, die nicht zur Durchführung der Beratung des Parteitages im jeweiligen Tagungsobjekt angemietet wurden, bleibt davon unberührt.

Anlage 1 – Delegierte, die lediglich Gastmitglieder bei der Partei DIE LINKE sind

Den nachgenannten Delegierten werden für den 1. Landesparteitag die in Ziff. 4 Abs. 2 der Geschäftsordnung genannten Mitgliederrechte übertragen.

1. Nadine Zülow, Linksjugend solid

Wahlordnung

1. Grundlagen und Gültigkeit

Die Wahlen erfolgen auf der Grundlage der Wahlordnung der Partei DIE LINKE (Bundeswahlordnung). Diese Ordnung gilt für die Wahlen des Landesvorstandes, der Landesfinanzrevisionskommission, der Landesschiedskommission sowie der Delegierten zum Bundesausschuss.

2. Wahlrecht

Aktives Wahlrecht besitzen die gewählten Delegierten des 1. Landesparteitages. Passives Wahlrecht besitzen alle Mitglieder der Partei DIE LINKE.

3. Kandidaturen

Alle LINKE-Mitglieder und LINKE-Gastmitglieder können Vorschläge für Kandidaturen unterbreiten.

Vor jedem ersten Wahlgang erhält jede Kandidatin/jeder Kandidat die Möglichkeit, sich vorzustellen. Die Redezeit ist mit Ausnahme der Kandidaturen zu folgenden Funktionen auf 5 Minuten begrenzt.

Kandidatinnen und Kandidaten für das Amt des Landesvorsitzes erhalten eine Redezeit von 20 Minuten. Die Redezeit der Kandidatinnen und Kandidaten für das Amt der Landesgeschäftsführung, der Landesschatzmeisterei und der/des stellvertretenden Landesvorsitzenden wird auf 10 Minuten begrenzt.

Nach der Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten können Anfragen an diese gerichtet und Erklärungen zu Kandidaturen abgegeben werden. Die Redezeit pro Anfrage und Erklärung ist auf 2 Minuten begrenzt.

4. Wahlen

4.1. Einzelwahlen von Parteiämtern/Einzelmandaten

Der Landesparteitag wählt im Einzelwahlverfahren in getrennten Wahlgängen

- die Landesvorsitzende/den Landesvorsitzenden
- die Landesgeschäftsführerin/den Landesgeschäftsführer
- die Landesschatzmeisterin/den Landesschatzmeister

Tritt in einem Wahlgang für ein Einzelamt nur eine Kandidatin/nur ein Kandidat an und erreicht im ersten Wahlgang nicht die erforderliche Stimmenmehrheit, findet mit derselben Kandidatin/demselben Kandidaten ein zweiter Wahlgang statt.

Wird auch in diesem Wahlgang die erforderliche Stimmenmehrheit nicht erzielt, wird eine Liste von Kandidatinnen / Kandidaten für das Amt aufgestellt und danach ein neuer erster Wahlgang durchgeführt.

Für den Fall, dass in dem jeweiligen Wahlgang mehrere Kandidatinnen/Kandidaten antreten und

keine Kandidatin/kein Kandidat die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen erzielt, erfolgt ein zweiter Wahlgang mit denselben Kandidaten.

Erreicht auch in dem zweiten Wahlgang niemand die erforderliche Stimmenzahl, erfolgt eine Stichwahl zwischen den beiden Bestplatzierten des zweiten Wahlganges. Gewählt ist in diesem dritten Wahlgang, wer die meisten Stimmen auf sich vereint.

4.2. Gruppenwahl von gleichberechtigten Parteiämtern

Der Landesparteitag wählt im Gruppenwahlverfahren gemäß § 6 Bundeswahlordnung

- 2 bis 4 stellvertretende Landesvorsitzende

Über die genaue Anzahl der zu wählenden stellvertretenden Landesvorsitzenden entscheidet der Landesparteitag gemäß § 18 Abs. 1 Landessatzung durch Beschluss. Die/der neugewählte Landesvorsitzende wird den Vorschlag dazu einbringen.

Für den Fall, dass nach dem ersten Wahlgang nicht alle Ämter besetzt werden, erfolgt ein zweiter Wahlgang mit den nicht gewählten Kandidatinnen und Kandidaten.

4.3. Gruppenwahl von Parteigremien und Delegiertengruppen

Der Landesparteitag wählt im Gruppenwahlverfahren gemäß § 6 Bundeswahlordnung

- weitere Mitglieder des Landesvorstandes, so dass der Landesvorstand unter Berücksichtigung der in Einzelwahl gewählten Mitglieder und unter Berücksichtigung der Zahl der zu wählenden stellvertretenden Landesvorsitzenden insgesamt 20 Mitglieder umfasst.
- Eine Landesfinanzrevisionskommission in der Stärke von 5 Mitgliedern.
- Eine Landesschiedskommission in der Stärke von 7 Mitgliedern.
- Die sechs Mitglieder des Landesverbands im Bundesausschuss (Beschluss des PV vom 07.07.2007)

4.4. Stimmabgabe, notwendige Mehrheit zur Wahl

Gemäß § 8 Bundeswahlordnung kann zu jedem Bewerber eine JA-Stimme, eine NEIN-Stimme oder eine Enthaltung gewählt werden. Fehlt eine Kennzeichnung gilt dies als Enthaltung. Bei mehr als doppelt so vielen Bewerbern wie zu vergebenden Plätzen entfällt die Möglichkeit der NEIN-Stimmabgabe (§ 8 Abs. 5 Bundeswahlordnung).

Gewählt ist **in den Gruppenwahlgängen des Punkt 4.3.** abweichend von § 10 Abs. 1 Bundeswahlordnung, wer mehr Ja-Stimmen als Nein-Stimmen auf sich vereint (Beschluss gemäß § 10 Abs. 2 Bundeswahlordnung). Im übrigen gelten die Regeln der §§ 10 und 11 Bundeswahlordnung.

5. Quoten

Zur Erfüllung einer Quote von 20% Mitgliedern im ersten ordentlichen Landesvorstand, die aus der WASG kommen (§ 37 Abs. 5 Landessatzung), finden zur Wahl der weiteren Mitglieder des Landesvorstands nach den Wahlen gemäß Punkt 4.1 und 4.2 Wahlgänge zur Sicherung dieser Quote statt. In ihnen sind nur Mitglieder des Landesverbands Brandenburgs der Partei DIE LINKE passiv wahlbe-

reichtigt, die Mitglied der WASG waren. Es werden so viele weitere Mitglieder des Landesvorstands gewählt, dass die Zahl der Mitglieder des Landesvorstands aus der WASG unter Berücksichtigung der in Einzelwahl gewählten Mitglieder und unter Berücksichtigung der gewählten stellvertretenden Landesvorsitzenden mindestens 4 Mitglieder umfasst. Die Wahl hat unter Berücksichtigung der Geschlechterquotierung zu erfolgen. Ist die WASG-Quote ausgeschöpft, entfallen weitere Wahlgänge, auch wenn sie in der Tagesordnung vorgesehen sind.

Die danach erfolgende Wahl zu den übrigen Mandaten hat ebenfalls unter Berücksichtigung der Geschlechterquotierung zu erfolgen.

Die Wahlgänge können bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 6 Bundeswahlordnung zusammengefasst oder parallel abgehalten werden.

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Liebe Delegierte, liebe Gäste,

für den 1. Landesparteitag der LINKEN Brandenburg wurden 176 Mandate durch den Landesvorstand der LINKEN Brandenburg beschlossen.

Die Mandatsprüfungskommission hat die Anwesenheitslisten ausgewertet. Es haben sich 137 Delegierte angemeldet, das sind 77,84 % der gewählten Delegierten, 9 Delegierte fehlen entschuldigt, 31 Delegierte fehlen unentschuldigt. Bitte nehmt das mit in eure Kreisverbände.

Damit ist der Landesparteitag beschlussfähig.

Von den anwesenden gewählten Delegierten sind
69 Frauen = 50,36 % und 68 Männer = 49,64 %.

Die altersmäßige Zusammensetzung sieht folgendermaßen aus:

unter 25 Jahre sind 12 Delegierte

26 bis 35 Jahre 19 Delegierte

36 bis 50 Jahre 30 Delegierte

51 bis 65 Jahre 57 Delegierte

älter als 65 Jahre sind 19 Delegierte

Alle angemeldeten Delegierten sind Mitglied der Partei DIE LINKE.

Reden

Ansprache des Parteiveteranen **Dr. Karl Pfannenschwarz** zur Eröffnung des Parteitags DIE LINKE am 13. Dezember 2008 in Blossin/Gemeinde Heidesees

Werte Genossinnen und Genossen,

als Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE in der Gemeindevertretung Heidesees eröffne ich unseren Parteitag. Ich begrüße recht herzlich die erschienenen Delegierten sowie die vielen Teilnehmer. Wir freuen uns über die erhebliche Zahl von Gästen. Dies zeigt das Interesse an unserem Parteitag und die Bedeutung unserer Partei.

Zu Eurer Information kurz einige Bemerkungen zum Abschneiden unserer Partei in der Gemeinde Heidesees. Die PDS erhielt in der Gemeinde Heidesees 2003 eine Gesamtzahl 936 Stimmen. Bei der jetzigen Kommunalwahl 2008 waren es bereits 2.114 Stimmen. Im Jahre 2003 erhielten wir 2 Sitze in der Gemeindevertretung; bei der jetzigen Wahl 4 Sitze. Wir haben demzufolge jeweils über 100 % der Stimmen dazu gewonnen und besitzen die doppelte Zahl von Sitzen. SPD und CDU haben zusammen 4 Sitze; wir haben die gleiche Zahl von ebenfalls 4 Sitzen.. Über diesen Erfolg freuen wir uns und wir werden alle Anstrengungen unternehmen um das erreichte Ergebnis bei den Landtags- und Bundestagswahlen im kommenden Jahr weiterhin zu verbessern.

In meinem langen, aktiven politischen Leben habe ich wahrlich Vieles erlebt und durchgemacht. Begonnen habe ich mit dem Eintritt in die Kommunistische Partei Deutschland im Jahr 1945, nach den bitteren Erfahrungen als Soldat im 2. Weltkrieg.

Einen Parteitag habe ich aber noch nie eröffnet. Deshalb freue ich mich darüber, dass die Parteiführung mir vor meinem 82. Geburtstag die Möglichkeit gibt, diesen Parteitag zu eröffnen. Dagegen habe ich als Altersvorsitzender vor einigen Wochen zum dritten Mal den Kreistag Dahme-Spreewald und zum zweiten Mal die Gemeindevertretung Heidesees eröffnet.

In der alten Bundesrepublik war ich Jahrzehnte bei vielen Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowohl als Wahlhelfer als auch als Kandidat für die Partei tätig. Es ist wirklich erstaunlich, wie sich Vieles in diesem – im Grunde relativ kurzen Zeitraum – verändert hat.

Im Herbst 1953 war ich Mitarbeiter der Landtagsfraktion der KPD im neuen baden-württembergischen Landtag. Damals ging es um die Ausarbeitung einer neuen Landesverfassung. Unsere KPD-Landtagsfraktion hat Dutzende von wirklich positiven Anträgen für die neue Landesverfassung gestellt. Nicht einer dieser Anträge wurde von der bürgerlichen Mehrheit akzeptiert.

Ich war mehrfach Landtagskandidat bei Wahlen in Hessen im Wahlkreis Friedberg/Bad Nauheim. Ich erinnere mich an meinen letzten Wahlkampf 1982. Trotz vielfältiger politischer Aktivitäten lag damals mein Wahlergebnis unter 2 %.

Wie völlig anders ist doch die heutige Situation. Nach 1990, wurde ich für fünf Jahre, mit großer Stimmenzahl zum Bürgermeister unserer hiesigen Nachbargemeinde Dolgenbrodt gewählt. Bereits drei Mal erhielt ich bei den Wahlen zum Kreistag Dahme-Spreewald jeweils höhere Stimmenzahlen. Bei den Wahlen zu unserer Gemeindevertretung Heidesees lag ich sowohl 2003 als auch jetzt 2008 weit an der Spitze.

Mein politisches und persönliches Leben wurde entscheidend durch das KPD-Verbot beeinflusst. Bereits vor dem KPD-Verbot habe ich zusammen mit Prof. Kaul jahrelang bei den großen politischen Strafprozessen gegen KPD-Funktionäre vor dem Bundesgerichtshof mitgewirkt und auch Arbeiten für die Prozesskommission der KPD vor dem Bundesverfassungsgericht erarbeitet. Zwei Tage vor dem KPD-Verbot am 17.08.1956 erhielt ich mit noch einem Genossen Juristen vom Parteivorstand der KPD den Auftrag, die KPD bei der Urteilsverkündung vor dem Bundesverfassungsgericht zu vertreten. Wir saßen im Gerichtssaal an einem kleinen Tisch, auf dem ein großes Schild stand „KPD“. Presse und Fernsehen waren in Massen erschienen. Die Urteilsverkündung nahmen wir stehend, mit unbewegter Miene entgegen. Nach dem Urteil fuhr mich Prof. Kaul nach Ost-Berlin, wo für mich wegen eines Haftbefehls eine zwölfjährige Illegalität begann.

Als durch die politische Entwicklung das KPD-Verbot, insbesondere durch die neue Ostpolitik, immer haltloser wurde, begannen Verhandlungen mit der Bundesregierung durch Bundesinnenminister Dr. Heinemann, der immer ein Gegner des KPD-Verbots gewesen war. Das Zentralkomitee der KPD wurde vertreten durch den Genossen Max Schäfer und die Genossin Grete Thiel. Ich fungierte in dieser Kommission als Mitarbeiter. Nach langen Verhandlungen erklärte die Bundesregierung eine Aufhebung des KPD-Verbots komme nicht in Frage, aber wir könnten ja eine neue kommunistische Partei gründen. Dies erfolgte dann im Ergebnis langer Diskussionen durch die Gründung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP). Leider hat die politische und ideologische Enge dieser Partei verhindert, dass sie in der alten Bundesrepublik ein politischer Faktor wurde.

Im Jahre 1971 wurde ich Rechtsanwalt in Frankfurt/Main und war in den folgenden Jahrzehnten in einer Vielzahl politischer Prozesse tätig. Dazu gehörten in den siebziger Jahren insbesondere die großen Berufsverbotsprozesse in Hessen. Ich war Anwalt von Sylvia Gingold, Doris Schwert und anderen Mandanten, denen die Aufnahme in den Schuldienst wegen ihrer ideologischen Haltung verweigert wurde. Nach der Wende war ich vor dem Landgericht Berlin als Verteidiger in dem Politbüroprozess gegen Krenz u. a. tätig. All dies gehört inzwischen längst der Vergangenheit an.

Im kommenden Jahr steht uns ein großer, langer und politisch harter Wahlkampf bevor. Aus meiner Sicht aber haben wir für unsere Partei Chancen wie nie zuvor. Wie sich abzeichnet bekommt die Bundesregierung die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise in keiner Weise in den Griff. Die SPD ist ohne eine klare Führung, innerlich zerrissen und dümpelt von Affäre zu Affäre, von Beck über Ypsilanti bis Clement. Wir haben in den Neuländern die stärkste politische Partei. Unsere Parteiorganisationen in Westdeutschland konsolidieren sich zunehmend und haben erheblichen Zulauf durch Sozialdemokraten und Gewerkschafter.

Wenn es uns gelingt, einen aktiven politischen Wahlkampf zu führen und große Wählerschichten anzusprechen, dann bin ich überzeugt, dass wir in Brandenburg zur stärksten Partei und im Bund zur zweit stärksten Partei werden. Das wäre ein großer Erfolg, den ich durchaus für machbar halte und der zu grundlegenden Veränderungen in dieser Politik führen würde, im Interesse der Bürger unseres Landes.

Ich wünsche Euch einen vollen Erfolg bei Eurer Arbeit auf diesem Parteitag. Danke.

Rede Thomas Nord

Vorsitzender der LINKEN Brandenburg

Es ist jetzt ca. 2,5 Monate her, dass in unserem Land Kommunalwahlen stattgefunden haben und die LINKE einen großen Wahlerfolg verzeichnen konnte.

Die SPD hat es geschafft wieder stärkste Kraft werden. Damit ist sie Wahlsieger, aber ihr selbst gesetztes Wahlziel hat sie nicht erreicht. Sie wollte deutlich stärkste kommunalpolitische Kraft zu werden. Ihre Wahlniederlage von 2003 deutlich korrigieren und so vor den Landtags- und Bundestagswahlen zeigen, wer Herr im Hause Brandenburg ist. Die angestrebte deutliche Deklassierung der LINKEN ist ihr mit nur einem Prozent Vorsprung aber nicht gelungen. Der Ministerpräsident, der sein ganzes Gewicht in die Waagschale des Wahlkampfes warf, hat ein weiteres Mal die Grenzen seiner Wirkungskraft erfahren.

DIE LINKE hat ihr Wahlziel, das Ergebnis von 2003 und ein wenig dazu, deutlich übertroffen. Es ist das beste Kommunalwahlergebnis, das DIE LINKE und auch die PDS jemals in einer Kommunalwahl erzielen konnten. Sie hat im Landesdurchschnitt mit 3,4% am stärksten von allen Parteien zugelegt. Die LINKE hat in allen Kreisen zugelegt und kein Kreis liegt mehr deutlich unter dem Durchschnitt der Wahl von 2003. Unsere Hochburgen sind nicht mehr nur die kreisfreien Städte. Auch der größte Teil Ostbrandenburgs hat sich als Hochburg der LINKEN bestätigt. Mit diesen Ergebnissen hat DIE LINKE. Brandenburg nicht nur landespolitisch, sondern auch kommunalpolitisch Augenhöhe mit der SPD erreicht.

In Frankfurt (Oder) und Potsdam sowie in Märkisch Oderland und Barnim stellt DIE LINKE die stärkste Fraktion.

Darauf liebe Genossinnen und Genossen, dürfen wir stolz sein!

Unsere Zugewinne von 3,4% sind vor allem durch die Mobilisierung von Wählerinnen und Wählern gelungen, die bereits in der Landtagswahl 2004 und der Bundestagswahl 2005 PDS (LINKE) gewählt haben. Wir haben wesentlich dazu beigetragen, dass die Wahlbeteiligung im Land von 45,8% auf 50,3% gestiegen ist. Ein Teil der zusätzlichen Mobilisierung - in etwa 50.000 WählerInnen für DIE LINKE - ist auf diesen Fakt zurückzuführen.

DIE LINKE. Brandenburg ist das erste Mal zur Wahl angetreten und hat ein gutes Ergebnis erzielt. Das lässt den Rückschluss zu, dass die Neugründung der Partei auch in den Kreisen angekommen ist. Ein Rückschluss auf das Wahlverhalten getrennt nach „Ossis“ und „Wessis“ ist nicht mehr zulässig. DIE LINKE. Brandenburg hat gerade auch in den Gemeinden mit vielen Westzuzügen erhebliche Stimmzuwächse erzielen können. Dies gilt sehr wohl auch für die Landeshauptstadt Potsdam, wo sich seit 2003 ein Drittel der Bevölkerung ausgetauscht hat. Hier wurden entgegen vorheriger Prognosen in absoluten Zahlen Stimmen hinzugewonnen.

Es hat sich nicht nur organisatorisch eine neue LINKE gegründet. Durch die wechselseitige Durchdringung der ehemals nach Ost und West getrennten Bevölkerung und einen an Dynamik gewinnenden Generationenwechsel, entsteht auch kulturell eine neue LINKE. Sie steht 18 Jahre nach der Vereinigung allerdings noch am Anfang ihrer gemeinsamen Entwicklung. So waren 6% unserer Wählerinnen und Wähler Erstwählende, die im Jahr 1990 geboren sind.

Weil das so ist, liebe Genossinnen und Genossen, sollten wir in unseren Reihen nicht mehr danach sortieren, wer aus welcher Quellpartei in die neue Linke gekommen ist! Viele neue Mitglieder waren zuvor in gar keiner Partei und das ist durchaus kein Mangel.

Es ist durchaus bemerkenswert, dass die der LINKEN diametral entgegengesetzte Wahlkampfstrategie der SPD, keinen erkennbaren Erfolg gebracht hat. Die Personalisierungsstrategie der SPD mit Kandidaturen von prominenten sozialdemokratischen Politikern Stimmen zu akkumulieren, ist nicht aufgegangen. Sei es z.B. Dagmar Ziegler, die sich gegen Thomas Domres nicht durchzusetzen vermochte oder Dietmar Woidtke, der Birgit Wöllert unterlag. Sei es Kornelia Wehlan die ihren Landrat regelrecht abhängte oder das hervorragende Ergebnis von Hans-Jürgen Scharfenberg in Potsdam. Selbst Landtagspräsident Gunter Fritsch konnte sich nur hauchdünn gegen unseren Kreisvorsitzenden René Kretschmar behaupten. Obwohl die SPD ca. 350 Großflächen im Land mit der Aufforderung „3 Stimmen für die SPD“ aufstellte, konnte sie keinen positiven Effekt erzielen. Auch die abschließende Anzeigenkampagne in großen Zeitungen erzielte nicht die gewünschte Wirkung. Die sehr kosten- und personalintensive SPD Wahlkampfkampagne hat nur dazu gereicht, ihren Wählersockel zu bestätigen.

Die CDU ist die eindeutige Verliererin des Wahltags. Die CDU ist vom ersten auf den dritten Platz abgestürzt und hat damit eine klare Quittung für ihre Politik und ihre innerparteilichen Lagerkämpfe bekommen. Im Landesdurchschnitt ist sie um 8,0% gefallen. Im Vorwahlkampf äußerte sich Innenminister Jörg Schönbohm auf die Frage, warum man denn die CDU noch wählen sollte, er wisse es auch nicht. So verwundert es nicht, dass die CDU selbst in allen Kreisen, in denen sie den ersten Platz verteidigt hat, erhebliche Stimmverluste hinnehmen musste.

Zusammen haben SPD und CDU nur etwa 45 % der abgegebenen Stimmen erhalten. Das ist das erste Mal seit 1990, dass beide Parteien zusammen nicht einmal mehr die Hälfte der Wählerinnen und Wähler hinter sich versammeln konnten. Das Kommunalwahlergebnis ist deshalb auch als eine weitere Schwächung der Landesregierung zu bewerten.

Liebe Genossinnen und Genossen

Angesichts dessen wäre zu erwarten gewesen, dass die SPD im Lande anfängt zu erkennen, dass die Politik der bisherigen Koalition mit der CDU zunehmend an Akzeptanz im Lande verliert. Die Brandenburgerinnen und Brandenburger wünschen sich, wie schon bei den Landtagswahlen 2004, stabile Mehrheiten für einen Politikwechsel. Die Chancen für solche Mehrheiten waren in einer großen Zahl der kreisfreien Städte und Landkreisen vorhanden. Sie wurden von der SPD nicht genutzt. Lediglich im Landkreis Märkisch Oderland wurde die bisherige erfolgreiche Kooperation fortgesetzt und in Cottbus kam eine hinzu. Gerade in Cottbus haben SPD und Linke, haben beide Parteien, von der bisherigen Zusammenarbeit profitiert und gezeigt, dass eine solche Zusammenarbeit für sie genauso erfolgreich sein kann, wie auch für die Bürgerinnen und Bürger. Aber die SPD ist in vielen Kreisen und Städten, nicht an einer anderen Politik und an stabilen Mehrheiten interessiert. Das Handeln vieler lokaler SPD Größen war inhaltlich beliebig und vor allem auf die Sicherung von Posten und Pöstchen ausgerichtet. Für diesen Zweck, wurden an zahllosen Stellen, Anti-Links-Bündnisse der abenteuerlichsten Art zusammen geschustert. Deren vornehmste Aufgabe ist es in der Regel, den amtierenden Landräten und Bürgermeistern möglichst lange die Sessel warm zu halten. Die daran beteiligten Parteien haben dafür schon jetzt Wahlversprechen reihenweise ad acta gelegt und unter der Rubrik „Geschwätz von Gestern“ abgeheftet.

Liebe Genossinnen und Genossen, dafür stehen wir in der Tat nicht zur Verfügung. Vor der Kommunalwahl dicke Backen für die Direktwahl von Landräten machen, um dann bei der erst besten Gelegenheit ins muffelnde Koalitionsbett mit der SPD zu steigen – das überlassen wir auch in Zukunft der CDU, der FDP, einigen Grünen und einer großen Anzahl an so parteiunabhängiger Wählerinitiativen. Wir halten erneut fest: Für uns gilt auch nach der Wahl, was wir zuvor vertreten haben! Wir

wollen einen Politikwechsel! Nur für eine andere Politik, braucht es auch eine andere Regierung. Für ein „weiter so“, stehen genug andere bereit. Wir nicht! Stimmen die Inhalte, werden wir, wird die Partei demokratisch und transparent über alles entscheiden, was zu entscheiden ist. Stimmen sie nicht, werden wir nicht weinen, sondern in der Opposition weiter kämpfen. Niemand sollte dabei unsere Konsequenz unterschätzen. Es gab sie nicht nur 2004. Es gibt sie auch heute noch. Nicht nur auf der Kreis- sondern auch auf der Landesebene.

Dabei geht es uns nicht um Rechthaberei sondern um Glaubwürdigkeit. Nicht die Demokratie an sich ist in der Krise. Die große Mehrheit der Deutschen, auch der Ostdeutschen, will sie auch weiterhin. Was sie nicht wollen und zunehmend deutlicher ablehnen, ist eine Demokratie gebrochener Wahlversprechen. Man muss da wirklich nicht bis nach Hessen schauen, wo sich allerlei Moralapostel über Andrea Ypsilanti erheben. Viele die sich da empört melden, hatten Verständnis für Franz Müntefering. Der fand es umwerfend ungerecht, an den Wahlversprechen seiner Partei gemessen zu werden. Die publizierte Aufregung über die Mehrwertsteueranhebung auf 19 % und die Rente ab 67 war auch deutlich gedämpfter. Davon haben die Leute die Nase voll und zu Recht!

Glaubwürdigkeit ist für uns heute wichtiger denn je. Was vor der Kommunalwahl noch ein laues Lüftchen war, verdichtet sich allmählich. „Auf uns rollt ein wirtschaftlicher Tsunami zu. Er ist nur noch nicht angekommen“, sagte der Berliner Wirtschaftsminister Wolf auf dem Parteitag der Berliner Linkspartei. Es sei die Aufgabe einer linken Partei, sich diesen großen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen mit wieder drastisch steigenden Arbeitslosenzahlen zu stellen und Lösungen anzubieten“.

Nun wissen wir, liebe Genossinnen und Genossen, dass die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen schon vor, der sich jetzt allmählich entfaltenden Wirtschafts- und Finanzkrise, groß waren. Die Auseinandersetzungen der letzten Jahre um die Agenda 2010 der rot-grünen Bundesregierung, die anhaltende Privatisierung öffentlichen Eigentums und sozialer Sicherungssysteme, deren systematischer Abbau, die nachhaltige Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben, die tief greifende Deregulierung in allen Lebensbereichen, nicht zuletzt in der Finanzwirtschaft, hat schon in den vergangenen Jahren viele Probleme geschaffen und auch Kämpfe ausgelöst. Der anhaltende Niedergang der SPD als Volkspartei und die erfolgreiche Gründung der Partei DIE LINKE hat nicht zuletzt in dieser Politik der Bundesregierungen seine Ursache.

In diesen Auseinandersetzungen haben wir an die Tradition der PDS eine „Partei für den Alltag“ zu sein, angeknüpft und solidarisch an der Seite der von diesen Reformen negativ Betroffenen gestanden. Das hat uns Stark gemacht und Erwartungen in uns geweckt. Diesen müssen wir jetzt wieder und unter noch schwieriger werdenden Bedingungen gerecht werden.

Wenn jetzt in den ersten Brandenburger Betrieben Kurzarbeit vereinbart wird – z.B. im EKO, im Daimler Werk in Ludwigsfelde oder bei der BASF in Schwarzheide, ist das ganz sicher erst der Beginn wirtschaftlicher Probleme, die für viele Menschen existenzielle Folgen nach sich ziehen können. Alleine die hier getätigte Aufzählung zeigt: Tritt eine Verschärfung dieser Entwicklung ein, wird die Brandenburger Wirtschaft, werden die hier lebenden und arbeitenden Menschen bis ins Mark getroffen.

In dieser Situation müssen wir erneut mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln an der Seite der Betroffenen, erneut eine Partei für den Alltag sein. Und zwar auf allen Ebenen der Politik.

Wir unterstützen die Kritik der Bundestagsfraktion an den zögerlichen, unzureichenden Schritten der Bundesregierung, um dieser Entwicklung entgegen zu steuern. Die Vorschläge Oskar Lafontaines und Gregor Gysis zur Wiederherstellung des Primats der Politik über die Wirtschaft, insbesondere zur Regulierung der internationalen und nationalen Finanzwirtschaft, sind wichtige Antworten und

Forderungen zur Bewältigung der Krise. Ralf Christoffers hat unsererseits Vorschläge für die Landespolitik unterbreitet. Zugleich sollten wir alle Vorschläge auch anderer Parteien unterstützen, von denen wir auch auf Landesebene meinen, dass sie helfen die Situation zu meistern. Die erste Frage, die wir uns in diesem Zusammenhang immer stellen sollten, ist die, nach dem unmittelbaren und direkten Nutzen für die Betroffenen. Wir wissen aber auch: Gleich was jetzt im investiven Bereich oder zur Unternehmensabschirmung auch immer gemacht und bereitgestellt wird, sofortige direkte Hilfe für die betroffenen Menschen, wird im großen Maße nötig und auf allen Ebenen möglich sein. Die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes ist ein erster Schritt. Er wird nicht lange vorhalten.

Es ist in diesem Zusammenhang müßig zu diskutieren ob man die Systemfrage stellen soll oder auch nicht. Das System des Casinokapitalismus und seine politischen Protagonisten haben sich durch tief greifendes Versagen selbst in Frage gestellt. Seine Akzeptanz ist bei einer Mehrheit der Menschen in Ostdeutschland schlicht nicht mehr vorhanden. Vorhanden auch deswegen nicht mehr, weil der rheinische Kapitalismus, genannt soziale Marktwirtschaft, durch die regierende Politik abgeschafft wurde. Da kann sich Frau Funk im Landtag noch so aufregen. Gerade auch die Politik der Brandenburger Landesregierung von SPD und CDU hat ihren Anteil an dieser Tatsache. Und die Menschen in Brandenburg haben das erkannt Das zeigen die Ergebnisse der Kommunalwahl. So ist es kein Wunder wenn der Ministerpräsident zwischen dieser und der Landtagswahl plötzlich froh darüber ist, das es ihm und anderen Agenda Anhängern, wie Frank Walter Steinmeier, nicht gelungen ist den demokratischen Sozialismus aus dem neuen SPD Programm zu entfernen. Auch dass er nach einem dritten Weg sucht, zeigt zunächst erst einmal nur, dass er den bisherigen Weg seiner Partei nicht mehr unbedingt für den richtigen hält. Wir sind gern bereit ihn bei der Suche nach neuen Wegen zu unterstützen. Zunächst wäre es jedoch ein Anfang, wenn die SPD den bisherigen Irrweg der Agenda 2010 verlässt. Das einzig Positive dieser Reform, die politisch sinnvolle Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ist verfassungswidrig und handwerklich eine Zumutung für die Betroffenen.

Ansonsten hat diese Reform in der Tat eine neue Sozialdemokratie geschaffen. Bis dahin ist sie dafür eingetreten, dass Menschen durch Arbeit mehr Wohlstand und Aufstiegschancen erzielen können. Die Agenda hat das einmalige Werk vollbracht das Menschen durch Arbeit arm bleiben und sogar arm werden können. Kinder aus so betroffenen Familien, das zeigen inzwischen alle vorliegenden Studien, haben in aller Regel keine Aufstiegschancen. Das ist keine vorsorgende Sozialpolitik sondern die politisch herbei geführte Herausbildung eines dauerhaften Prekariats zur Drückung der Lohnquote. Die unzeitgemäße Rückkehr des Frühkapitalismus. So wird es kaum möglich sein den demokratischen Sozialismus - und sei es nur den der SPD - zu entwickeln.

Mehr noch in der Krise werden die verheerenden Folgen dieser Reform besonders deutlich. Mit der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe, der Verkürzung der Bezugsdauer des ALG 1 und anderer Arbeitsmarktinstrumente fehlen heute wichtige Möglichkeiten um die Folgen der Krise sozial abzufedern. Zugleich wurden durch Minijobs, durch die Ausweitung der Leiharbeit, durch Ich-AGn und 1• Jobs die Betroffenengruppen in der Gesellschaft geschaffen, die nun erneut die Erstbetroffenen der Krise sein werden. Diese Entwicklung muss gerade jetzt umgekehrt werden. Sie kann umgekehrt werden. Die politischen Mehrheiten sind vorhanden, wenn die SPD ihre Fehler korrigiert. Wir stehen bei den Wahlen 2009 auch in Brandenburg wieder vor denselben Fragen wie 2004.

Herr Ministerpräsident: sind sie immer noch der Meinung wie nach den Landtagswahlen 2004, dass das alles gut ist und nicht geändert werden muss? Gauben sie das heute immer noch? Uns geht es nicht darum, Recht zu behalten. Es geht um die Bewältigung der Krise. Um Hilfe für die Betroffenen. Die Zukunft Brandenburgs. Neue Wege müssen gefunden werden. Können gefunden werden. Gleich nebenan in Berlin, wird einiges versucht, was auch Brandenburg helfen kann. Es wird nicht reichen.

Aber es wäre ein Anfang. Wir mussten 1989 lernen, dass bestraft wird, wer zu spät kommt. 2009 besteht in der Tat die Chance neue Wege in Brandenburg zu gehen. Sie müssen sich entscheiden. Schaffen sie Klarheit für die Wählerinnen und Wähler. Was wollen sie nach der nächsten Wahl wirklich? Ein weiter so mit der CDU oder einen Politikwechsel mit der LINKEN?

Liebe Genossinnen und Genossen

Zur Bewältigung der Krise und zum Schutz der Menschen vor ihren Auswirkungen brauchen wir jetzt das von der LINKEN geforderte öffentliches Investitionsprogramm, wenigstens eine deutliche Ausweitung des ALG 1 und der öffentlich finanzierten Beschäftigung, eine Existenz sichernde Anhebung der Regelsätze beim ALG 2 und bei der Grundsicherung im Alter. Es wird höchste Zeit das das Kindergeld nicht mehr auf das ALG 2 angerechnet wird. Das ist das Mindeste was jetzt für die Menschen die in Not sind oder geraten, getan werden muss.

Natürlich hören wir jetzt sofort wieder die Stimmen: Wer soll das bezahlen? Und wie ein Echo werden wir erneut darauf antworten: Diejenigen die in den letzten Jahren die Extraprofite der Deregulierung eingestrichen haben. Und dabei handelt es sich nicht um Peanuts. Allein von 2003 bis 2008 – den Jahren der Agenda 2010- hat sich das private Geldvermögen allein in Deutschland um fast eine Billion • also von 4 auf fast 5 Billionen • erhöht. Es ist kein Sozialneid darauf hinzuweisen, dass es also genügend Geld gibt. Da relativieren sich selbst solche Summen wie die 480 Mill. •, die die Bundesregierung zur Risikoabschirmung für die Banken bereitstellt. Es geht nicht nur um die Frage im welchem Umfang kann, soll und muss der Staat in den Banken mitbestimmen oder sie verstaatlichen. Es geht vor allem um die Frage: Wer trägt die Kosten für das grandiose Versagen der so genannten wirtschaftlichen und politischen Eliten des Landes? Wir sagen als Sozialisten ganz klar: Selbstverständlich zunächst die, die sich hier mit Unterstützung durch die regierende Politik, ganz unverschämt selbst bedient, damit gewaltigen Schaden angerichtet und auf Kosten der Allgemeinheit riesige Vermögen angehäuft haben.

Bisher war es üblich Gewinne zu privatisieren und Verluste zu sozialisieren. Ich finde es ist an der Zeit, einen Teil der Vermögen zu sozialisieren. Wir wollen nicht mehr und nicht weniger als die Einhaltung des Artikels 14.2. GG. Da steht: Eigentum verpflichtet! Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Jetzt mehr denn je. In sofern unterstütze ich die Forderung von Ulrich Maurer, das es Zeit wird über Zwangsanleihen nachzudenken und darüber, das der Staat Vermögende dazu zwingt, ihm einen Teil ihres Geldes zu günstigen Konditionen zu leihen. „Wir leiden nicht nur unter Banken, die keine Kredite vergeben, sondern auch unter Besitzer von Milliardenvermögen, die nicht bereit sind, ihr Geld zu investieren“ sagt Maurer und er hat recht. Die IG Metall schlägt dazu vor, vermögende Privathaushalte zu einer Anleihe in Höhe von zwei Prozent auf alle Geld- und Immobilienvermögen über 750 000 Euro zu zwingen; diese solle zweimal erhoben, mit dem EZB-Zinssatz von derzeit 2,5 Prozent verzinst werden und 100 Mrd. Euro bringen. Das Geld soll in einen „Zukunftsfonds Arbeit-Bildung-Umwelt“ fließen. Das geht in die richtige Richtung.

Nicht zuletzt deswegen, weil die IG Metall die Zeichen der Zeit verstanden hat und auch in der Wirtschafts- und Finanzkrise, die Umwelt und den Klimawandel nicht vergisst. Auch wir werden das nicht tun. Als Unterstützer des Volksbegehrens „Keine neuen Tagebaue – für eine zukunftsfähige Energiepolitik“ rufen auch wir die Brandenburgerinnen und Brandenburger auf, persönlich etwas für den Klimaschutz zu tun und sich auf ihren Meldeämtern für das Volksbegehren einzutragen. Nach unseren Erkenntnissen ist das Echo eher zurückhaltend und haben sich bisher deutlich zu wenige Bürgerinnen und Bürger in die Listen eingetragen. Für Zurückhaltung gibt es aber keinen Grund:

Die aktuellen Indikatoren für den Klimawandel übertreffen die schlimmsten Befürchtungen der Klimaforscher. Die Treibhausgase in der Atmosphäre sind in den letzten Jahren sogar wieder gestiegen. Laut Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung schmolz das arktische Eis 2007 auf ein nicht vorhergesehenes Rekordminimum, während der Meeresspiegel stärker als vorhergesagt anstieg.

Alle Klimaforscher betonen, dass die Zeit, den Klimawandel abzumildern davonrennt. Der ranghöchste Deutsche im Weltklimarat, Ottmar Edenhöfer, sagt dazu: „Die Tatsache das einige Leute sehr viel Geld verzockt haben, darf nicht dazu führen, das wir beim Klimaschutz nachlassen...Einige Hobby-Wirtschaftspolitiker begreifen die Dimension des Problems nicht. Nichtstun beim Klimawandel kostet langfristig viele Billionen. Dagegen sieht die Finanzkrise vergleichsweise klein aus.“

Doch anstatt eine Energiewende einzuleiten, vertröstet die Landesregierung die Bevölkerung auf später und setzt weiter auf die klimaschädliche Braunkohleverstromung. Allein die beiden märkischen Braunkohlekraftwerke Jänschwalde und Schwarze Pumpe pusten jedes Jahr rund 36 Millionen Tonnen klimaschädliches Kohlendioxid (CO₂) in die Atmosphäre. Die Braunkohle macht Brandenburg pro Kopf zu einem schlimmeren Klimaverschmutzer als die USA. Wir rufen die Brandenburgerinnen und Brandenburger auf, das nicht länger hinzunehmen und sich am Volksbegehren zu beteiligen. Noch ist Zeit dafür. Aber sie läuft.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Das sind die Bedingungen und Voraussetzungen unter denen wir das Superwahljahr 2009 vorbereiten. Europa-, Landtags- und Bundestagswahl liegen vor uns. Hinzu kommen Ende 2009, Anfang 2010 die Wahlen der hauptamtlichen Bürgermeister in 62 Städten des Landes.

Eine schon unter relativ normalen Bedingungen große Herausforderung. Unter den beschriebenen Bedingungen wird sie noch größer.

Wir können uns auch nicht darauf verlassen, dass eine Verschlechterung der gesellschaftlichen Gesamtsituation sich automatisch für DIE LINKE oder gar für linke, emanzipatorische Projekte auszahlt - dass uns etwa die Durchsetzung von Bildungsgerechtigkeit, sozialer Gerechtigkeit und von mehr Demokratie und Beteiligung leichter fällt. Im Gegenteil: In schwierigen Situationen neigen viele Menschen dazu, auf das Vertraute auszuweichen, auf das, was sie kennen und von dem sie zumindest in der Vergangenheit wussten, woran sie sind. Da entsteht dann eine Mischung aus Apathie, Resignation und merkwürdiger Hoffnungsprojektion auf die bekannten Figuren, bei aller Enttäuschung oder Frustration. Und das könnte durchaus diejenigen stärken, die sich als Volksparteien gerieren und nicht unbeträchtlich Anteil daran hatten, die Ursachen für die gegenwärtige Krise politisch zu flankieren und durchzusetzen. Diese Haltung können wir nur dadurch überwinden, dass wir sehr konkret deutlich machen, dass wir eine verlässliche Alternative sind und Alternativen im Angebot haben. Markige Sprüche helfen da nicht weiter. Wir müssen positiv formulieren, wie unsere Welt aussehen soll. Nur so können wir überzeugen.

Ob uns das 2009 gelingt werden wir bereits im Januar das erste Mal erfahren. Die Hessischen Landtagswahlen werden darüber Auskunft geben, ob wir uns auch in den alten Bundesländern dauerhaft verankern können. Das wird für das kommende Jahr eine strategische Entscheidung und darum ist es für uns eine Selbstverständlichkeit die hessischen Genossinnen und Genossen im Wahlkampf zu unterstützen. Heute und morgen sind die ersten Mitglieder unseres Landesverbandes vor Ort. Wir grüßen sie von hier und wünschen ihnen viel Erfolg und wenigstens gutes Wetter am 2. Advent. Die Vorgänge in Hessen haben gezeigt in welchem katastrophalen Zustand sich ganze Landesverbände der SPD befinden und wie wenig berechenbar diese Partei noch ist. Die Chance

Koch abzulösen und eine sozialere und ökologischere Politik zu realisieren, wurde durch desaströses Versagen der handelnden sozialdemokratischen Personen verpasst. Nicht zuletzt die entwürdigende Demontage des damaligen Bundesvorsitzenden der SPD Kurt Beck hat gezeigt, dass dieses Versagen nicht auf den hessischen Landesverband der SPD begrenzt sondern eine weit verbreitete Erscheinung in dieser Partei ist. Es sieht nicht so aus, als wenn das die verantwortlichen Politiker der SPD erkannt haben. Das lässt die Chancen für einen Politikwechsel in Hessen und auch im Bund immer geringer werden.

Am 7. Juni werden die Europawahlen stattfinden. Schon jetzt bereiten wir uns im Bund, im Land und in den Kreisen darauf vor. Wir freuen uns darüber, dass Lothar Bisky die Spitzenkandidatur für unsere Partei anstrebt. Wir teilen seine und die Auffassung Oskar Lafontaines, dass DIE LINKE eine proeuropäische Partei ist. Wir wollen ein demokratisches und soziales Europa. Globale Herausforderungen des gegenwärtig ungezügelter Kapitalismus sind nur lösbar, wenn sie in den Kommunen, den Regionen, den Nationalstaaten und in Europa gemeinsam angepackt werden. Wir erleben allerdings seit Jahren, dass die Politik der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten vor allem den Interessen des global agierenden Kapitals folgt und sich die Arbeits- und Lebensbedingungen der Bürgerinnen und Bürger verschlechtern. Dies wollen wir ändern. Deshalb fordert DIE LINKE einen grundlegenden Politikwechsel in der EU und in den Mitgliedstaaten. Ein anderes, ein besseres Europa beruht auf sozialer Sicherheit, demokratischer Teilhabe aller Menschen, ziviler Friedenssicherung, ökologischer Nachhaltigkeit, der Gleichstellung der Geschlechter und einer wirtschaftlichen Entwicklung, die den Menschen dient. Wir wollen ein Europa der Gerechtigkeit und der Solidarität. In diesem Sinn werden wir gemeinsam mit unseren Partnern von der polnischen SLD und der KP Böhmens und Mährens den Wahlkampf vorbereiten und führen. Der Landesvorstand hat beschlossen, die Kandidatur von Gen. Helmut Scholz, Mitglied im Vorstand der Europäischen Linkspartei, für die Liste zur Europawahl zu unterstützen und wir hoffen, dass das eure Zustimmung. Bei diesen Wahlen wollen wir unsere Position als stärkste Partei in Brandenburg verteidigen. An dieser Stelle möchte ich Gen. Helmut Markov, der nicht wieder für das Europaparlament kandidiert, für seine jahrelange erfolgreiche Arbeit als MdEP, danken und ihm viel Erfolg bei seiner verantwortungsvollen Arbeit in der Rosa-Luxemburg-Stiftung wünschen. Ich denke wir bleiben auch in Zukunft verlässliche Partner.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Die härteste Herausforderung im kommenden Jahr wird für uns - ohne Zweifel - der 27. September werden. Landtags- und Bundestagswahlen auf einem Termin, das ist keine einfache Aufgabe. Zugleich brauchen wir diese Konstellation auch nicht zu fürchten. Unsere Umfrageergebnisse sind gut und zeigen, dass uns die Wählerinnen und Wähler von 2004 und 2005 treu geblieben, sie mit unserer Arbeit in der Opposition einverstanden sind. Darauf können wir aufbauen. Unsere politischen Grundpositionen sind klar, der Lage angemessen und für alle denkbaren Konstellationen zu gebrauchen. Ich brauche das an dieser Stelle nicht zu wiederholen.

Heute und morgen wählen wir unsere Liste für die Landtagswahl. Der Landesvorstand befürwortet einstimmig die Spitzenkandidatur unserer Genossin Kerstin Kaiser. Sie ist kompetent, erfahren und durchsetzungsfähig. Mit aufrechtem Gang will sie diese nicht einfache Aufgabe wahrnehmen. Ich bitte euch, sie mit einem eindeutigen Votum darin zu unterstützen.

An dieser Stelle erlaubt mir fünf persönliche Sätze: Ich habe mich nach langen Überlegen und in Abstimmung mit vielen Genossinnen und Genossen entschlossen eine Kandidatur für den Bundestag anzustreben. Ich will dort die Interessen des Landes und des Landesverbandes als dessen Vor-

sitzender vertreten. In den vergangenen Jahren habe ich mit hohem zeitlichem Aufwand die Interessen der Landespartei in der Landtagsfraktion und wie ich hoffe, erfolgreich für alle Beteiligten vertreten. Das werde ich in Zukunft so nicht mehr leisten können. Deshalb hat der Landesvorstand ebenfalls beschlossen, die Kandidatur von Stefan Ludwig für die Landesliste und für Listenplatz zwei zu unterstützen. Stefan wird hier nachher selbst dazu reden, daher nur zwei Bemerkungen meinerseits. Erstens: Seine Kandidatur gilt der zukünftigen Arbeit der Landtagsfraktion und dem Einbringen der Positionen der Landespartei in deren Arbeit. Zweitens: Andere Ambitionen verbinden sich damit nicht. Alle Spekulationen die man jetzt, mal in dieser oder jener Zeitung lesen darf, entbehren jeglicher Grundlage und beruhen auf schlecht informierten bzw. völlig uninformierten Quellen.

Stefan ist nach unserer festen Überzeugung für die benannte Aufgabe der richtige Genosse und daher bitte ich euch auch in diesem Fall um euer Vertrauen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Es gab in den vergangenen Tagen noch die eine oder andere Debatte, ob die Genossinnen und Genossen aus der ehemaligen WASG angemessen auf dem Listenvorschlag des Landesvorstandes vertreten sind. Wir haben das auch im Landesvorstand diskutiert und sind zu dem Ergebnis gekommen, das dieses Kriterium bei der Aufstellung des Vorschlages von uns nicht gewollt war, weil wir uns alle als Mitglieder einer neuen Partei verstehen. Trotzdem habe ich natürlich Verständnis für persönliche Enttäuschung bei der einen oder dem anderen über Entscheidungen in Kreisverbänden bzw. dem Landesvorstand. Einer der in der Vergangenheit mit solcher Enttäuschung immer wieder umgehen musste und trotzdem bescheiden und engagiert weiter gearbeitet hat, ist Genosse Steffen Hultsch. Ich möchte dir an dieser Stelle auch ganz persönlich für unsere konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren danken.

Danken möchte ich an dieser Stelle auch jenen Genossinnen und Genossen, die in den vergangenen Jahren als Landtagsabgeordnete für unsere Partei engagiert gearbeitet haben und nicht wieder kandidieren werden. Dank an Heinz Vietze. Danke Wolfgang Thiel. Danke Wolfgang Heinze. Danke Frank Hammer. Danke Andreas Trunschke. Dank an Ingeborg Kolodzeike die aus Gesundheitlichen Gründen nicht mehr die Interessen behinderter Menschen in der Fraktion vertreten kann. Wir danken euch allen und hoffen in den kommenden Monaten und auch Jahren auf weiterhin gute Zusammenarbeit!

Liebe Genossinnen und Genossen,

Wenn wir nachher in die VertreterInnenversammlung eintreten hoffe ich auf eine gute, faire und konstruktive Atmosphäre.

Herzlichen Dank für eure Aufmerksamkeit.

Rede Kerstin Kaiser

Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg

I. Einstieg

Liebe Genossinnen und Genossen,

in wenigen Tagen schon wird dieses Jahr zu Ende gehen. Aber nicht Advent und Jahresausklang führen uns zusammen. Wir bereiten uns hier und heute auf das kommende, das neue Jahr 2009 vor.

Es wird ein aufregendes, ein wichtiges - und es kann ein gutes Jahr werden.

Dies sag ich gleich zu Beginn meiner Rede, weil wir vielleicht genau das nicht vergessen dürfen. Vor allem dann nicht, wenn es hart wird. Und hart wird das kommende Jahr auch.

2009 werden zwanzig Jahre seit der Wende vergangen sein. 2009 wird in Brandenburg drei Mal gewählt. Ich bin sicher, dass es für uns ein gutes Jahr sein wird. Wir werden im Wahlkampf Menschen davon überzeugen, uns - DIE LINKEN - zu wählen, weil sie wissen, dass damit ihre Chancen und Möglichkeiten wachsen könnten.

Wir sind Mitglieder einer Partei, die in diesen zwanzig Jahren ununterbrochen dazugelernt hat und besser geworden ist. (Das kann uns einen Augenblick lang auch stolz machen.)

Wir haben gelernt, in dieser Gesellschaft eine Politik zu machen, die man zu Recht Politik der sozialen Verantwortung genannt zu werden.

Wir haben gelernt, dass es allemal besser ist, die Dinge zu benennen, als sie unter den Teppich zu kehren. Wir haben dabei Federn gelassen und uns trotzdem kein dickes Fell zugelegt. Wir haben gelernt, dass die Menschen, wenn sie uns wählen sollen, von uns wissen möchten, wo wir herkommen, wofür wir stehen, welche Fehler wir gemacht haben, und was uns gut gelungen ist, welche politischen Meinungen und Konzepte wir vorweisen können, warum wir uns links nennen, was wir unter einem demokratischen Sozialismus verstehen, ob wir verantwortungsvoll mit Macht umgehen können und ob wir tauglich sind, die Interessen vieler Menschen zu vertreten.

Das nächste Wahljahr wird für Viele im Land zuerst ein Gedenkjahr sein, aber wir sollten auch ein Nachdenk-Jahr daraus machen. Wir sollten mit vielen Menschen ins Gespräch darüber kommen, was wir, DIE LINKEN, zwanzig Jahre nach dem Neuanfang mit ihnen tun können, was sie von uns fordern, was wir für sie tun können. Ja, und ich bin gespannt auf alle Diskussionen, die da geführt werden. Von manchen weiß ich schon jetzt, wie sie klingen werden und ahne, worauf sie hinauslaufen sollen. Aber ich baue darauf, dass wir uns stark gemacht haben durch Offenheit und Auseinandersetzung - mit der Vergangenheit und mit der Gegenwart. Ich selbst habe mich darum bemüht und das werde ich auch weiter tun.

Entscheidend ist doch: Was haben wir gelernt in diesen letzten zwanzig Jahren? Was haben wir gelernt aus unserer ganzen Geschichte?

Wo stehen wir heute und wo wollen wir hin? Was ist nötig und wie wird ist möglich?

Diese Fragen stehen am Beginn meiner Rede, mit der ich einige mögliche Antworten, meine Antworten zur Debatte stelle.

II. Wo steht Brandenburg, wo stehen wir?

Brandenburg ist für viele Bürgerinnen und Bürger zu einem Land geworden, in dem zu leben und zu

arbeiten sich lohnt. Die Lebenslage vieler Menschen im Land hat sich stabilisiert. Diese Stabilisierung war und ist für viele ein wichtiges Gut, besonders nach den Turbulenzen der späten 80er und 90er Jahre. Man konnte sich einrichten, das Leben wurde planbar.

Das erklärt Umfrage-Ergebnisse, nach denen reichlich zwei Drittel der Märker mit ihrer Lebenssituation zufrieden waren und meinten, ihr Land bewege sich in die richtige Richtung, darunter auch Anhängerinnen und Anhänger der LINKEN zu 62 Prozent.

Das war noch der Stand vom April 2008.

Zwei wesentliche Fehler von Landesregierung und Koalition prägen jedoch das Leben im Land und hemmten seine Entwicklung in den letzten Jahren:

Erstens das bedingungslose Festhalten an der Agenda-2010-Politik, am entwürdigenden System von Hartz IV. Arbeit schützt nicht mehr vor Armut. Kinderarmut breitet sich aus.

Zweitens: scheiterte ihr Leitbild „Metropolenregion“, mit dem die vielfältigen Regionen des Landes durch einseitiges Setzen auf Berlin und sein Umland fast aus dem Blick geraten wären. Widerstand aus dem Land beförderte das Leitbild in die Schublade.

Und jetzt, Ende 2008, geht die Bundesrepublik in eine ernste Krise. Die Bundesregierung verfällt in Aktionismus. Entwicklungen tragen die schlechten Früchte, die Viele befürchtet haben. Kaum jemand bestreitet, dass zusätzlich schwere Zeiten für viele Menschen kommen.

Unsere wichtigste Aufgabe ist, über Politik der sozialen Verantwortung nicht nur zu reden, sondern sie glaubwürdig zu vertreten. Wir bleiben dabei, dass Politik gerade in solchen Zeiten gestalten kann und muss.

Entscheidend ist doch, in wessen Interesse gestaltet wird.

Klar ist doch: Ein WEITER SO regierender Politik, ein WEITER SO in Brandenburg kann und darf es nicht geben.

Die Vorweihnachtszeit lässt die Krise vielleicht noch nicht so scharf erkennen...

Das Weihnachtsgeschäft läuft aber schon verhaltener als in früheren Jahren.

Auch unserer Investitions- und Landesbank hat sich verzockt, wenn auch ohne so dramatische Einbrüche, wie bei den Landesbanken in Sachsen oder Bayern.

In manchen Unternehmen gehen die Aufträge schon dramatisch zurück, vor allem bei den Herstellern von Investitionsgütern, weniger bei den Konsumgüter-Produzenten.

In Schwarzheide und in Eisenhüttenstadt wird – schon – kurz gearbeitet. Hunderte Stellen sollen im Stahlwerk gestrichen werden. Das ist erst der Anfang. Ein Drittel aller Betriebe in Deutschland plant Entlassungen – nur noch 17 Prozent der ostdeutschen Unternehmen denken an Neueinstellungen. Im Frühjahr waren es noch doppelt so viele.

Ein Vermessungsbüro im Osten des Landes ist seit Wochen ohne neue Aufträge und musste seine Leute kündigen, weil kaum jemand dort neu bauen und sich verschulden kann und will.

Man könnte sagen, die neue Werkhalle bei Bombardier und Rekord-Umsätze in der Solarwirtschaft wie auch zusätzliche finanzielle Mittel für den Verkehrswegebau aus Rettungsschirm und Konjunkturprogramm stehen dazu im Widerspruch.

Schauen wir aber auf den Arbeitsmarkt, wird klar: es ist kein Widerspruch.

Bei 7589 offenen Stellen sind derzeit 157.575 BrandenburgerInnen ohne Arbeit, fast ein Drittel von ihnen ist über fünfzig Jahre alt. Es gibt fast 26 Tausend so genannte Nichtleistungsbezieher, 18.300

Menschen sind in Maßnahmen der Arbeitsförderung, 15.100 in „Ein-Euro-Jobs“. Die Brandenburger liegen im Durchschnitt mit einem Viertel unter dem bundesweiten Bruttojahresverdienst bei Vollbeschäftigung (30.490 €), arbeiten dafür aber mit 1517 Stunden am längsten von allen: 84 Stunden über dem Bundesdurchschnitt und 99 über dem der westlichen Länder.

Zwei unerträgliche Zahlen belegen die Bilanz der Agenda-2010-Politik auf besondere Weise:

Erstens die der so genannten Aufstocker:

Die Presse (MAZ) vom 5.12. nannte 71.500 Brandenburger mit Vollzeit-Job, die zusätzlich staatliche Hilfen bekommen. Tendenz: Plus 10,7 % in anderthalb Jahren. Arbeit schützt also längst nicht mehr vor Armut.

Zweitens die zunehmenden und sich verfestigende Kinderarmut. Die Autorengruppe Bildungsberichterstattung „Bildung in Deutschland 2008“ stellt für Brandenburg ganz klar ein Anwachsen der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren fest, die in armen Haushalten leben.(unter 60% des durchschnittlichen Familieneinkommens). Und zwar von einem Viertel auf ein Drittel. Kinderarmut in einem so reichen Land ist ein so bedrückender Umstand, sie betrifft uns alle persönlich. Für die heutige wie die künftige Landtagsfraktion der LINKEN kann ich versichern: im Einsatz für die Interessen dieser Kinder, im Ringen um die schnelle Verbesserung ihrer alltäglichen Lebensumstände und der Wahrung ihrer Zukunftschancen waren und sind wir nicht kompromissbereit, werden wir nie kompromissbereit sein.

70 Tausend Kinder bei uns leben in HartzIV-Bedarfsgemeinschaften. Angesichts dieser „massiven Armutserfahrungen“ bereits einer ganzen Generation reift nach Meinung der AutorInnen ernster Generationenkonflikt, der die Parteien und die Politik im Land zu Korrekturen“ bewegen sollte.

Preis- und Kostenauftrieb bedrohen für viele den erreichten Lebensstandard.

Der aktuelle Bericht über die Lebenslagen macht klar: Armut ist allgegenwärtig in Brandenburg. Der Aufschwung ist verpufft. Der Negativtrend setzt sich verstärkt fort.

Armut ist dort besonders stark, wo die Regionen besonders schwach sind.

Und: Armut reproduziert sich, sie wirft dunkle Schatten voraus in die Zukunft – für die Kinder wie für die zukünftigen Rentner.

Es hilft niemandem der Betroffenen etwas, dass diese Entwicklung voraussehbar war und dass wir mit unserer Kritik an der Agenda2010 im Kern richtig lagen und liegen.

Aber nun sind Konsequenzen mehr als überfällig und gerade wir müssen Schritte dahin aufzeigen und ermöglichen. Angesichts der steigenden Preisspirale für alles, was man zum Leben braucht, angesichts von Armut und beginnender Krise, wird es ganz deutlich: Bei einem WEITER SO der Politik wird das „Leben wie bisher“ nicht SO WEITER gehen können.

Was haben wir nun in den letzten Wochen erlebt und gelernt?

- Wenn es darauf ankommt, ist plötzlich Geld da, was sich vorher nicht finden ließ für Arbeitslose, Kinderbedarfssätze, mehr KiTa-Erzieherinnen oder Lehrerstellen. Auch nicht für öffentlich finanzierte Beschäftigung.
- Auch in der Krise geht Geld nicht automatisch in Kitas, Schulen, Beschäftigung (also Binnenkaufkraft) oder die öffentliche Daseinsvorsorge.
- In einem kurzen Moment der Wahrheit hat auch regierende Politik Ursachen benannt, die auch wir sehen: Finanzkrise u.a. durch frei gegebene Wechselkurse, unkontrollierten Kapitalfluss, Steueroasen, risikoorientiertes, betrügerisches Agieren der Banken mit starrem Blick auf Profit

ohne wirksame Kontrolle hervorgerufen wurde. Aber wo, frage ich, sind die Konsequenzen bei der Bekämpfung dieser Ursachen?

- Und: Keiner der dafür politisch Verantwortlichen „Ritter des Neoliberalismus“ gesteht, dass diese Krise, deren Ausmaß und Gefahren wir vielleicht erst in einigen Monaten ganz und gar begreifen, selbst gemacht ist. (Denn - bei all den derzeit beliebten Vergleichen -: Diese Krise ist eben die Folge einer unabwendbaren Naturkatastrophe, sondern das Ergebnis absichtsvoller Politik.)

Die Landesregierung ist unsicher, noch ist nicht zu sehen, dass sie wirklich nach Fehlern sucht. Der Wirtschaftsminister kündigt erst im Alleingang ein Mini-Konjunktur-Programm an. Dann seinen Rückzug aus der Politik. Frau Wanka ist nun allein zu Haus mit Petke &Co und schweigt. Die SPD will erst Konsumgutscheine, dann wieder nicht. Erst wollte man im Bundesrat das Konjunktur-Paket der Bundesregierung ablehnen. Am nächsten Tag sagen die Nachrichten: Es ist angenommen - auch mit den Stimmen Brandenburgs.

Der Ministerpräsident setzt eine Arbeitsgruppe ein, die Vorschläge zur Stabilisierung der Konjunktur machen soll. Ausgerechnet in Eisenhüttenstadt äußerte er, die brandenburgische Wirtschaft sei „für schwierige Zeiten gerüstet“. Für kommende Woche ist eine Regierungserklärung dazu angekündigt.

Liebe Genossinnen und Genossen, hier von unserem Parteitag aus frage ich den Ministerpräsidenten - und wir erwarten Antworten:

- Sind Sie bereit dazu, Fehler zu benennen und zu korrigieren?
- Ist Ihre Warnung vor „Aktionismus“ nur die Tarnkappe für ein bloßes „Weiter so“ in Brandenburg - oder
- sind Sie tatsächlich auf der Suche nach Maßnahmen, die mehr sind als die Rettung von Wirtschafts- und Finanzkreisläufen, sondern einen Ausweg aus der Krise suchen durch den Einstieg in einen nachhaltigen - also wirtschaftlichen, ökologischen, sozialen und politischen Wandel?
- Waren Ihre Worte auf der letzten Landtagssitzung zum Dritten Weg und zum demokratischen Sozialismus vielleicht ein nostalgischer Ausrutscher im ersten Schreck auf das Misstrauen der BrandenburgerInnen gegenüber der realen unsozialen Marktwirtschaft?

Nur mit klarer Kursänderung, nicht mit Rechentricks jedenfalls, (wie es im Zusammenhang mit dem Lebenslagenbericht versucht worden ist), kann man den Problemen begegnen.

(Übrigens: die 227 Tausend BrandenburgerInnen, die täglich zum Arbeitsplatz pendeln, sehen die endlich erfolgte Korrektur der ungerechten Entscheidung zur Pendlerpauschale durchaus nicht als Weihnachtsgeschenk, wie unser MP! Sondern als spätes Zeichen für Gerechtigkeit.)

Ich nehme den Ministerpräsidenten und die Ankündigungen der SPD im Lande ernst, sozialen Korrekturen bis hin zum Mindestlohn anzustreben. Aber wie, um Himmels Willen, will er das alles mit der mit der CDU umsetzen? Die SPD hatte zehn Jahre Zeit, den BrandenburgerInnen zu beweisen, dass das mit der CDU geht. Und es ging nicht. Was wird die SPD machen? Was wird Platzeck machen, wenn die nächste Wahl erneut eine deutliche Mehrheit für eine Politikänderung ergibt? Steht er dann zu seinen Zielen? Oder zur CDU?

III. Was wollen wir?

Was tun wir heute, als Linke, in diesen Zeiten der drohenden Rezession und Krise?

Es geht uns ausdrücklich nicht nur darum, Vertrauen in die Banken wiederherzustellen und zu stärken, die uns gerade die Krise beschert haben? Uns geht es darum, die Menschen zu bestärken, die zu den Banken gehen müssen, weil sie da ein Konto haben, Schulden haben oder einen Kredit brauchen. Es geht auch in Brandenburg darum, nach einem Entwicklungsweg zu suchen, der solche Krisen erst gar nicht zulässt.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir - die demokratischen Sozialistinnen und Sozialisten, wir - DIE LINKEN: wir haben uns gegen die jahrelange Selbst-Entmachtung der Politik gewandt. Angesichts von Globalisierung, sozialer und Umweltkrise, setzten Regierende an die Stelle des Gestaltens im Interesse der Bevölkerung das Gestalten im Sinne der Märkte. Für uns aber hat Politik mit Verantwortung für Menschen zu tun, mit sozialer Verantwortung. Politik hat auch dafür zu sorgen, dass sich niemand in der Gesellschaft dieser Verantwortung entziehen kann.

Diese Überzeugung stand am Anfang unserer politischen Aufbrüche: Des - einen - Aufbruchs aus der gescheiterten SED zur PDS. Der Blick zurück kann uns helfen: Wir verabschiedeten uns sehr bewusst vom Stalinismus als System im Bewusstsein der eigenen Fehler und Verantwortung. Wir haben uns diesen offen gestellt und dann auch dem demokratischen Urteil der WählerInnen.

Genauso erfolgte der - andere - Aufbruch der WASG aus der Schröder-SPD. Und genau auf dieser Grundlage haben wir uns als DIE LINKE in Deutschland nun auch in einer gemeinsamen Partei zusammen gefunden. Wir dürfen nicht vergessen, dass darin die Basis unseres Erfolgs liegt. *Das* macht die Partei aus - in ihrer Gesamtheit. Und darauf kommt es an.

Wir haben in Brandenburg eine neue Partei gegründet und parallel dazu eine breite gesellschaftliche Debatte über die Perspektive des Landes gestartet. In dieser Debatte ist die Landesregierung mit ihrem Leitbild „Metropolenregion“ in die Defensive geraten. Dabei haben wir selbst viel darüber gelernt, was nötig und was möglich ist.

Lasst uns diese Offenheit bewahren, nicht einfach Dinge vom „roten Tisch“ aus verkünden, sondern lasst uns weiterhin mittendrin sein, aus Erfahrungen lernen, Interessen und Ideen aufnehmen, solidarisch, durch Gemeinsamkeit verstärken. Damit man durch demokratische Zustimmung z.B. bei Volksinitiativen und bei Wahlen das Notwendige dann auch durchsetzen kann.

Bitte versteht mich richtig: Auch wir sind ja auf der Suche nach der richtigen Herangehensweise in der Krise. Um die Frage, wie man jetzt Zukunft gewinnt. Das wird das prägende Thema der öffentlichen Debatte in den nächsten Monaten.

Die Frage: Wie gewinnt man Zukunft? Wie bewältigt man eine tiefe Vertrauens- und Strukturkrise in den modernen kapitalistischen Gesellschaften. Wie verhindern wir, dass nichtdemokratische, autoritäre Lösungen massenhaft Zuspruch gewinnen? Oder sollen wir uns einfach mit Obama in das verbrauchsarme Auto setzen - und alles wird gut?

Auf diese Fragen müssen auch wir die genau passenden Antworten finden. Und diese Arbeit liegt vor, nicht hinter uns, liebe Genossinnen und Genossen.

Mit der Leitbilddebatte hatten wir einen guten Vorlauf. Daran müssen wir nun im Hinblick auf das

Wahlprogramm anknüpfen. Auch das wollen wir öffentlich erarbeiten und diskutieren. Der Leitantrag beschreibt dafür den Rahmen.

In ihm heißt es, dass erneut große Fragen auf die Tagesordnung gerückt sind, Fragen wie die nach dem Verhältnis von Markt und Staat, von Wirtschaft und Politik, von Risiko und Sicherheit, von individueller Freiheit und gesellschaftlicher Verantwortung, von Macht und Teilhabe.

(Übrigens: Es konnte einem regelrecht schwindlig werden angesichts der massenhaften politischen Wendungen und Wendehälse in den letzten Wochen, die laut nach dem starken Staat riefen und ihn früher eher als Störfaktor für die freie Wirtschaft sahen.)

Worauf setzten wir als DIE LINKE in Brandenburg?

Liebe Genossinnen und Genossen,

um das, was wir wollen und wofür wir hier und heute um Zustimmung werben, braucht eine Grundvoraussetzung: Demokratie. Wir setzen aus gutem Grund auf Wiederbelebung und Weiterentwicklung der Demokratie. Nicht zuletzt die geringe Beteiligung bei den letzten Wahlen (besonders bei Europa- und Kommunalwahlen) macht die Aufgabe deutlich.

Wenn nun klar und offensichtlich ist, dass mehr als die Hälfte der Menschen in Ostdeutschland der radikalen Marktwirtschaft misstrauen, wenn wir nach einem anderen Weg suchen, den wir demokratischer Sozialismus nennen, dann heißt das alles andere, als „zurück zur DDR“. Demokratischer Sozialismus in unserem Verständnis war noch nicht da.

Das Prinzip der sozialen Verantwortung verträgt sich so gar nicht mit einem vormundschaftlichen Staat, mit Bevormundung und Entmündigung, mit Überwachung, Gängelung, Misstrauen und Instrumentalisierung von Menschen. Die Lehre aus der Geschichte ist, dass es Sozialismus ohne Demokratie nicht geben kann! Dahinter gibt es für mich kein Zurück.

Deshalb kann ich weder verstehen noch akzeptieren, wenn Änderungsanträge zum Leitantrag erreichen wollen, dass dem Wort Sozialismus das Attribut demokratisch genommen werden soll. Ich kann genauso wenig verstehen, wenn bestritten wird, dass nur die Weiterentwicklung der Demokratie die gegenwärtigen Krise überwinden und die dramatischen Fehlentwicklungen und sozialen Spaltungen stoppen kann.

Wie gesagt, nur durch Weiterentwicklung der Demokratie. Ja bitte, wie denn sonst?

Aus gutem Grund also, liebe Genossinnen und Genossen, gibt es im Leitantrag einen eigenen Schwerpunkt zum Ausbau der demokratischen Verhältnisse, zum Ausbau der demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten. Das ist konkrete Politik und unsere eigene Erfahrung:

Wie haben wir das Sozialticket durchgesetzt – gegen eine anfängliche Parlamentsmehrheit? Durch eine Volksinitiative und durch den Einstieg in ein Volksbegehren. Wie kam es zur Chance für elternbeitragsfreie Schülerbeförderung?

Wie ist mehr soziale Gerechtigkeit entstanden? Durch demokratisches Engagement.

Seit fast zehn Jahren und drei Mal hat in dieser Wahlperiode hat die Mehrheit aus SPD und CDU im Landtag die Verbesserung des Personalschlüssels für Kindertagesstätten abgelehnt. Und eine Volksinitiative mit über 150 Tausend Unterschriften ignoriert. Nach der erneuten Ablehnung unseres Antrages durch SPD und CDU in diesem Jahr – trotz der Zusicherung des Bildungsministers gegenüber den Erzieherinnen und Eltern – finden sich jetzt erneut viele Menschen außerhalb der Parlamente dafür zusammen... Vielleicht gibt es neben Hunderten Briefen an den MP demnächst wieder eine Volksinitiative dafür.

Und: die Volksinitiative gegen neue Tagebaue hat zunächst dazu geführt, dass die Idee vom Energiedialog entstand und an Attraktivität gewann. Darauf setzen wir auch weiter

Vom Ausgang des jetzt laufenden Volksbegehrens wird abhängen, wie weit die Landesregierung mit ihrer Energiestrategie in der Defensive und wie weit Vattenfall unter Druck bleibt.

Klar ist aber schon eines: Weder wirtschaftliche noch politische Macht allein werden eine tragfähige und belastbare Basis für die Energiepolitik der Zukunft im Land bilden können. Das geht eben nicht ohne einen breiten gesellschaftlichen Konsens. Und den gibt es nur, wenn auch Klimaschutz, Naturschutz und Bewahrung der Heimat gebührend Berücksichtigung finden. (Was wiederum voraussetzt, dass nicht nur wir als Partei, sondern die Bürgerinnen und Bürger im Lande, jene Mehrheit unter ihnen, die für solche Ziele steht, sich dafür stark machen.)

Demokratie lebt davon, dass Interessen benannt, vertreten und - durch überzeugende Argumente - in Auseinandersetzung mit anderen durchgesetzt werden.

Wir setzen also auf den Ausbau demokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten. Wir sind überzeugt von der Kompetenz, Verantwortlichkeit und Kreativität der Menschen, die hier leben. Deshalb sollten sie mehr über politische Entscheidungen mitbestimmen können.

Liebe Genossinnen und Genossen, keinerlei Routine will, darf und sollte sich einstellen, wenn sich neue Nazis in Landes- und Kommunalparlamenten als „Normalität“ im demokratischen Alltag darstellen. Denn das sind sie nicht, normal und demokratisch. Wer manche Reden hört und sich mit ihren Programmen befasst, weiß: Sie setzen und pflegen Keime der Barbarei in eine zivilisierte Gesellschaft. Das ist uns immer ein Warnsignal, genauso wie vielen Initiativen vor Ort und den Parteien des demokratischen Spektrums. Hier werden wir verlässlich und offensiv den demokratischen Konsens stärken und uns mit DVU und NPD auseinandersetzen. Für das Tolerante Brandenburg!

Also: DIE LINKE in Brandenburg setzt auf Demokratie! -

Und wir setzen auf die Bekämpfung und Vermeidung von Armut.

Wir sagen: Das Versuchsfeld für neoliberale Politik in Ostdeutschland führte nicht in den Erfolg, sondern in eine Sackgasse. Es muss jetzt endlich Schluss sein mit der Niedriglohnpolitik und mit der Entwürdigung Langzeitarbeitsloser und ihrer Familien. Überfällig sind eine bedarfsgerechte Kindergrundsicherung, wenigstens aber erhöhte Bedarfssätze beim ALG II sowie Investitionen in KiTas und Schulen, Massenhafte Armut als Skandal in einem reichen Land darf nicht nur verwaltet werden, sondern Politik muss Auswege aus Hartz IV eröffnen und Armut vermeiden.

Wir setzen deshalb auch darauf, wirtschafts-, finanz- und arbeitsmarktpolitische Instrumente aller politischen Ebenen bis hinein in die Kommune so zu kombinieren, dass vor Ort existenzsichernde Beschäftigung entsteht, Binnenkaufkraft gestärkt wird, öffentliche Aufträge in der Zeit der Krise stabilisierend wirken können.

Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Forschung sehen wir als wichtigstes Konjunkturprogramm, um allen Kindern und Jugendlichen Zukunft zu ermöglichen.

Nebenbei bemerkt:

Ganz aktuell in dieser Woche wurden hausgemachte, märkische Probleme belegt, die unser Land *allen* Kindern und Jugendlichen bereitet – im Bereich der Bildung. Die Bildungspolitik von SPD und

CDU zeigt als „Rotstiftpolitik“ der Landesregierung verheerende Ergebnisse:

Auch in Brandenburg hat sich die Kopplung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg verstärkt. Die Schule wird ihrer Aufgabe, soziale Unterschiede auszugleichen, nicht gerecht – im Gegenteil – sie verschärft sie. Das ist eben keine Schwarzmalerei der Opposition, sondern Ergebnis der letzten PISA- und IGLU-Studien. Lehrkräfte, Eltern und Kinder sind höchst unzufrieden mit dem öffentlichen Bildungswesen und suchen zunehmend den Ausweg in Schulen in freier Trägerschaft. Aber das kann nicht die Alternative für alle sein!

Wir setzen dagegen eine gut ausgestattete Gemeinschaftsschule für alle Kinder, mindestens bis zum Ende der Sekundarstufe 1. Kostenfrei für die Schüler sollten Lehr- und Lernmittel sowie das Mittagessen sein. Beginnen könnte man damit wenigstens für alle Kinder aus den Familien, die vom ALG II und in vergleichbarer finanzieller Situation sind. (Ein Drittel...)

Der Leitantrag, aus dem ich diese Punkte entnommen und sie kommentiert habe, macht deutlich:

DIE LINKE in Brandenburg steht für den Einstieg in eine Politik, die endlich mehr soziale Gerechtigkeit anstrebt und nicht Ungleichheiten verschärft.

Wir sagen Ja zu staatlicher Umverteilung in der Sozial- und Regionalpolitik. Haushaltskonsolidierung ist dabei ein wichtiges politisches Ziel. Der Kurs dahin muss klug und moderat geführt werden. Den Regionen, den Städten und Gemeinden muss mehr Entscheidungs- und Gestaltungsspielraum gegeben werden. Nur so kann *das Land* öffentliche Leistungen zu sichern, Infrastruktur im eigenen Interesse und ausgestalten zu können. Es darf im Land dabei keinen sozialpolitischen Flickenteppich geben! Dieser aber ist bereits entstanden. Unterschiedlich finanzstarke Städte und Landkreise können eben unterschiedliche soziale Leistungen sichern. Nichts gegen kostenfreies Mittagessen und elternbeitragsfreies Vorschuljahr. Aber: die müssten – durch kluge, ausgleichende Landespolitik – doch allen Kindern im Land zur Verfügung stehen. Die jetzige Entwicklung widerspricht im Übrigen auch unserer Landesverfassung.

Landespolitik ist für DIE LINKE nicht einfach die Verwaltung innerer Angelegenheiten. Landespolitik ist für uns aktive Mitgestaltung, länderübergreifend, auf Bundes- und EU-Ebene.

Das ist eine Vision, für die es sich zu arbeiten lohnt, denke ich und hoffe, dass Ihr das auch so seht.

IV. Ausgang

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

mit dem Leitbild „Unsere Heimat – für ein zukunftsfähiges und solidarisches Land Brandenburg der Regionen“, mit dem vorliegenden Leitantrag und der Wahlstrategie unserer Partei DIE LINKE sind für 2009 wichtige Pflöcke gesetzt.

Unsere Wahlstrategie geht davon aus, dass unsere Stärke im gemeinsamen Handeln besteht und von der Annahme, „dass DIE LINKE das gegenwärtige Niveau politischer Akzeptanz und Zustimmung bis zur Bundestagswahl 2009 halten und ihren politischen Einfluss auch im Wahlkampfzeiten behaupten kann“.

Ja, wir KÖNNEN das schaffen. Gemeinsam und miteinander.

Hier kandidieren an diesen zwei Tagen – nur auf den Listen gegeneinander – kluge, profilierte, gut

vorbereitete Genossinnen, Fachleute, Juristen, Profis und politische Talente.

Erfolgreiche KommunalpolitikerInnen, Bürgermeister sind darunter, auch Landtagsabgeordnete, die ihren gewonnenen Wahlkreis zum ersten oder schon zum zweiten Mal verteidigen. Die meisten von uns sind bestärkt durch ein sehr gutes Ergebnis bei den Kommunalwahlen. Jede und jeder kann auf ein kleines Team zurückgreifen, auf eurer Vertrauen und ganz viel ehrenamtlich geleistete Arbeit. Für uns alle Europa-, Bundestags- und Landtagsabgeordnete und -kandidatInnen kommt es nun darauf an, neben unseren politischen Aufgaben auch daraus täglich unsere Motivation und Überzeugungskraft zu entwickeln. Bei all unserer Erfahrung, liebe Genossinnen und Genossen: Wir betreten ab heute auch Neuland.

Dabei sind uns der politische Erfolg, das Vertrauen und der Zuspruch durchaus nicht sicher in einer Zeit, in der politisch doch so vieles unsicher ist in unserem Land und in der Welt.

Ich wünsche uns miteinander an diesen zwei Tagen einen guten Verlauf und Wahlergebnisse, die uns ermutigen.

In diesem Sinne - erinnert euch:

Vorwärts, und nicht vergessen...

liebe Genossinnen und Genossen,

WORIN UNSRE STÄRKE BESTEHT!

Rede Helmut Markov

Zum Europawahlprogramm der LINKEN

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, liebe Gäste,

die Europäische Union stellt 7,4 % der Weltbevölkerung, produziert fast 20 % des gesamten Weltbruttoinlandsproduktes, hat einen Anteil am Welthandel von 12 %, 15 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, tätigen 45 % der weltweiten Direktinvestition und haben einen Anteil von über 20 % am Weltkapitalinput. Die Europäische Union stellt ein Viertel aller bewaffneten Kräfte dieser Welt und in der Europäischen Union leben 78 Mio. Menschen unter der Armutsgrenze und das von 19 Mio. Kindern. Warum sag ich diesen Satz zum Schluss, wir haben am 10. Dezember, das sind 4 Tage her, den 60. Jahrestag der Menschenrechtskonvention der Vereinten Nationen gehabt. Und die Gleichwertigkeit eines jeden Menschen, ist in diese Menschenrechtskonvention verbrieft und d.h., wenn wir als LINKE für die Gleichwertigkeit eines jeden Menschen kämpfen, dann ist das unser politisches Grundkredo, nämlich jeder Einzelner ist genau soviel wert wie jeder einzelner Anderer.

Und d.h. auch, dass soziale Differenzierungen, soziale Diskriminierungen, Verstoß ist ein Verstoß gegen die Menschenrechtskonvention. Und wenn wir gegenwärtig, und das gebe ich ehrlich zu, als dieses Europawahlprogramm geschrieben wurde, obwohl wir Linken ja immer alles rechtzeitig wissen und die Klügsten sind und sowieso auf alles eine Lösung haben, aber wir haben hier in unserem Europawahlprogramm natürlich auch nicht so artikuliert, wie wir es jetzt artikulieren würden, wenn wir es heute schreiben würden.

Wir haben eine komplette gesellschaftspolitische Krise, nun kann man natürlich sagen, ja, die äußert sich ganz speziell in vier große Unterkrisen, eine Finanzkrise, eine Klimakrise, eine Energiekrise, eine Lebensmittelpreiskrise und dazu hat die Europäische Union richtig – und dafür gehört sie kritisiert – nicht nur jetzt wird sie sagen, mit die Ergebnisse dessen zu verkräften, sondern sie war Motor, es ist nicht so, dass aus den USA uns das alles übergeschwappt worden ist, die Europäische Union und natürlich auch die Mitgliedsstaaten und damit auch die Bundesrepublik Deutschland waren Vorantreiber, Verfechter dieser Situation, vor der wir jetzt stehen, nicht mehr und nicht weniger.

Und Insofern, es gibt ja immer diese schönen Sprüche, die man dann hat – erstaunt mich das wirklich –.

Viele Banken, die wir jetzt an den Pranger stellen – zu recht – jawohl, das sind des Raubritter des Finanzkapitals, aber diese Raubritter haben auf gesetzliche Grundlage agiert und diese gesetzliche Grundlage haben die Politiker gelegt. Sie haben nichts Kriminelles gemacht. Sie haben die Gesetze, die man ihnen eingeräumt hat, ausgenutzt und deswegen muss man diese Gesetze auch ändern und deswegen muss man sagen, wer permanent von Liberalisierung spricht, d.h. doch nichts anderes: Liberalisierung, Deregulierung, weniger Einfluss, weniger Beeinflussungsmöglichkeiten seitens staatlicher Institutionen und ich glaube, das ist genau der Punkt, den jetzt die Bürger auch anfangen zu begreifen. Wir brauchen Regulierungen. Und jetzt bin ich wieder bei der Europäischen Union. Wir haben den Verfassungsvertragsentwurf abgelehnt, wir haben auch den darauf folgenden Reformvertrag der Europäischen Union abgelehnt. Ich sage, es gab viele viele Punkte und gute gute Gründe, dass man sich auch anders entscheiden kann. Im Angesicht des Abwicklungsverfahrens. Aber ich möchte euch zwei Sätze vorlesen, die zitiert ich: aus dem Lissabonner Vertrag, alle Beschränkungen des Kapitalverkehrs zwischen den Mitgliedsstaaten und Drittländern sind verboten. Der Satz wiederholt sich nochmal, da steht dann allerdings nicht Kapitalverkehr, sondern Zahlungsverkehr.

Und im Artikel 58, der orientiert die Finanzinstitutionen darauf, die freien Kapitalflüsse maximal zu verwerten. Das ist gesetzlicher Auftrag und demzufolge müssen wir diesen gesetzlichen Auftrag ändern, wir müssen sagen Nein! Wer einräumt, wir wollen keine Kontrolle, wir wollen keine Beschränkung, der soll sich doch hinterher nicht so hinstellen und sagen, das haben wir alles nicht gewusst. Er hat es gewusst. Wir haben es gewusst. Die Regierenden haben es gewusst, denn sie sind seit 20 Jahren ganz gezielt diesen Weg gegangen und das weltweit. Und das kann man wieder auf die Europäische Union beziehen, wenn man sich anschaut, welche Vorschläge, die Institutionen als solche vorrangig die Kommission zu Base 2 gemacht hat, das heißt: man hat ganz andere Kriterien gesetzt. Man hat bestimmte Beschränkungen aufgelöst.

Wenn man sich vorstellt, was für eine Pensionsrichtlinie seitens der Europäischen Union verabschiedet worden ist, wo drin steht: die Pensionen sollen viel mehr über den privaten Markt aquiert werden. Das ist jetzt das Ergebnis, dass Mio. von US-Amerikanern jetzt nicht wissen, wie sie ihren Lebensabend gestalten sollen, weil diese Pensionen eben über private Hedgefonds organisiert worden sind. Natürlich – was auch stimmt – die Europäische Union ist doch nicht nur böse, sie ist auch nicht nur gut. Sie ist nicht nur neoliberal, sie ist auch durchaus sozial. Vor 6 Wochen hat dieses Europäische Parlament mit einer 2/3 Mehrheit einen Bericht zugestimmt, der plandeutlich fordert, dass in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union der gesetzliche Mindestlohn einzuführen ist, und zwar auf der Basis von 60 % des Durchschnittlohnes. Das heißt, ihr habt jetzt ein Dokument in der Hand in dieser Bundesrepublik Deutschland, wo wir sagen können, die Europäische Union fordert dies, also bitteschön Bundesrepublik Deutschland, Bundesregierung, setzt euch damit auseinander und setzt es um. Und wenn Frauenverbände Briefe schreiben und fordern, dass die Gleichstellung in Mitgliedsstaaten entsprechend der Europäischen Richtlinie umgesetzt werden soll, so ist das ein wahnsinnig positives Zeichen, im Übrigen bezieht sich das auch auf die Europäische Richtlinie für die Behinderten. Und natürlich weiß ich auch, dass wir teilweise genau das Gegenteil beobachten können, wir haben eine Richtlinie über die Europäischen Betriebsräte, die in keiner Art und Weise den heutigen Situationen entsprechen. Und natürlich muss sie geändert werden, sie muss positiv verändert werden. Sie muss den Betriebsräten viel mehr Mitspracherecht einräumen, weil wir eben eine globalisierte Wirtschaft haben. Und globalisiert ist doch an sich nichts Schlechtes. Es ist immer nur die Frage, wie ich etwas organisiere und wie ich etwas mache. Wenn ich natürlich immer nur behaupte, weil die Weltwirtschaft global ist, kann ich regional gar nichts mehr machen, ja dann kann ich auch gleich nach Hause gehen. Wir müssen eben das globale und das regionale parallel betrachten und parallel bearbeiten und miteinander verknüpfen. Und deswegen – wie vorhin gesagt worden ist – ich bin auch sehr froh, dass das sowohl Thomas als auch eure Spitzenkandidatin für den Landtagswahlkampf – Kerstin – angesprochen haben, genau deswegen kommt es darauf an, diese Verbindung herzustellen zwischen den Europawahlen, zwischen den Bundestagswahlen und zwischen die Landtagswahlen. Und der Streit, wie wir, diese Europäische Union interpretieren, den sollten wir sein lassen. Das hat schon Marx in seiner elften Feuerbachthese gesagt: Dass die Philosophen die Welt unterschiedlich interpretiert haben. Es kommt darauf an, sie zu verändern und es kommt darauf an, diese Europäische Union und die Brandenburger Politik und die Bundesrepublikanische Politik zu verändern. Und damit gewinnen wir auch Wählerstimmen. Mit unseren Vorschlägen, unsere Analysen sind gut. Unsere Analysen waren immer gut. Das Problem ist nur, wenn ich eine gute Analyse habe, folgt daraus noch lange keine Handlungsmaxime.

Und sofern ich eine Handlungsmaxime habe, so muss ich immer noch den Bürger überzeugen, dass meine Handlungsmaxime, mein Vorschlag besser ist, als der der Konkurrenz.

Und ich glaube deswegen, natürlich setzen wir uns mit unseren politischen Kontrahenten auseinan-

der, ganz klar, und das muss auch sein und man kann ruhig auch mal sagen „das habt ihr so und so gemacht und das war falsch, alles drum und dran“ - kriegen wir selber oft auch genug vorgehalten. Aber ich glaube damit gewinnt man keine Wahlen, sondern eine Wahl gewinnt man nur, wenn man eigene, konstruktive Vorschläge auf den Tisch des Hauses legt und diese Vorschläge von den Wählern abgenommen werden, jawohl, das sind gute Vorschläge, die kann man umsetzen, die kann man realisieren, dafür lohnt sich, diese Truppe zu wählen. Die Europawahl sind die ersten, also terminlich. Wenn wir die Europawahl vermauern, dann ist das nicht gerade eine sehr günstige Startposition, Ausgangsposition für Bundestagswahlen und für Landtagswahlen. Wenn wir diese Europawahlen gut bestreiten – Thomas hat das vorhin gesagt – die letzten haben wir sehr gut bestritten, dann sind das natürlich ganz andere Bedingungen und sie liegen zeitlich sehr eng miteinander verknüpft hintereinander. Wir können mit den gleichen Themen, mit genau den gleichen Themen diesen Wahlkampf bestreiten. Wir müssen eben nur deutlich machen: Jawohl, wir wollen eine andere Arbeitszeitrichtlinie in dieser Europäischen Union, wir wollen nicht diese Richtlinie, wie sie jetzt auf dem Tisch des Hauses liegt und gegen den vielen tausenden Menschen auf den Barrikaden gehen und am 16. Dezember in Straßburg die Gewerkschaften aufgerufen haben und mobilisiert haben und wir müssen auch hier dagegen mobilisieren, nicht weil diese Richtlinie schlecht ist, das ist sie, sondern weil sie eine ganz konkrete, dramatische, verheerende Auswirkung bis auf die Kommunen hat, weil das einen Einfluss hat auf das medizinische Versorgungssystem.

Wenn ich die Bereitschaftszeiten nicht als Arbeitszeiten anerkenne, gibt es eine sehr ungerechte Entlohnung! Und wir haben hunderte und tausende von Zuschriften von Betriebsfeuerwehren und Werksfeuerwehren, weil das auch eine Auswirkung auf diese Kollegen hat. Das hat Auswirkungen auf die Rettungsdienste und das ist doch alles fast kommunal oder regional organisiert, wenn diese Europäische Arbeitszeitrichtlinie so kommt, wie sie kommt. Dann haben wir weniger Sicherheit, schlechte medizinische Versorgung und das spürt der Bürger, da wo er wohnt.

Das spürt er in seinem Kreis und der Kreis wird sich dann Gedanken machen müssen. Das spürt er in der Kommune, diesen Zusammenhang müssen wir herstellen.

Wir müssen darauf hinweisen, welche Auswirkungen jedes einzelne Gesetz hat und warum wir eben deswegen es anders wollen. Natürlich auch aus grundlegenden politischen Überzeugungen, das ist vollkommen ungenommen. Aber weil der Bürger darunter – ich will jetzt nicht sagen: leidet – aber es als für sich gefährlich empfindet, als Schlechtdarstellung anfängt zu empfinden. Und man kann diese Liste dessen, was gegenwärtig ansteht, beliebig weit führen. Es gibt ein wunderbares Papier von Ralf Christoffers, ihr wisst, wir haben 2009, wir haben die Neuwahlen im Europäischen Parlament und wir wählen die Kommission neu. Wir haben aber auch eine Evaluierung des gesamten Haushaltsansatzes der Europäischen Kommission und wenn man sich anschaut, was die Europäische Kommission jetzt vorschlägt an Maßnahmen wegen dieser Krise, da kann ich nur sagen, lasst uns das aufgreifen, auch in diesem Land. Da steht zum Beispiel drin, man darf zukünftig den ESF flexibler handhaben. Man darf den ESF vorrangig auch als Wiedereingliederungshilfe benutzen, dann lasst uns das machen, dann lasst es uns von der Landesregierung fordern, schreibt bitteschön eure Förderungsrichtlinien um, so dass wir es auch.... (Kassette wechselt die Seite) ...sagt, jawohl, wir können das Beihilferecht flexibler handhaben. Dann müssen wir von der Bundesregierung fordern und von der Landesregierung, nun schreibt doch mal bitte genau auf, dass Öffentliche Auftragswesen wo wir das Beihilferecht sozusagen flexibler handhaben dürfen. Dass wir eben nicht immer nur danach gucken, den billigsten zu nehmen. Und d.h., wenn dort geschrieben steht, dass die Europäische Investitionsbank 15. Mrd. im Jahr zusätzliche Kredite vergeben kann, also wenn ich Finanzminister von Brandenburg wäre, ich wäre schon längst in Brüssel gewesen und wäre bei der Europäischen Investitionsbank gewesen und hätte gesagt, so nun erkläre mich mal genau die Zugangs-

bedingungen, wie kann ich denn die Kredite beantragen? Und zu welchen Konditionen? Und da müssen wir Druck machen und da müssen wir Druck machen. Und das verbindet. Es gibt einen wunderschönen Änderungsantrag von euch Brandenburgern. Von Gerlinde, von Renate, von den Europapolitikern. Für dieses Europawahlprogramm, wo es nämlich darum geht, den grenzüberschreitenden Zusammenhang stärker herauszuarbeiten. Richtig, das müssen wir machen, wir Brandenburger liegen nun mal an der Grenze zu Polen. Wir sind eine Europäische Union und trotzdem haben wir noch wahnsinnige Grenzen dazwischen und ich sag auch, das Leitbild, was ihr erarbeitet habt, ich fand es eine tolle Angelegenheit. Ich würde mir wünschen, solch ein Leitbild gäbe es für die Europäische Union, weil wir ja immer sagen, die Europäische Union soll die Union der Regionen und der Bürger sein. Dann müssen wir auch mal in der Untersetzung sagen, was bedeutet das denn dann tatsächlich?

Das heißt, in dieser Auseinandersetzung, dass wir eine sozialere Europäische Union haben wollen, das wollen wir auch im Bund, das wollen wir im Land, das wollen wir in den Kommunen, indem wir eine demokratischere haben wollen, dann müssen wir uns eben gegen diese Dienstleistungsrichtlinie, mit allem was wir haben, sperren und stellen. Und dann müssen wir uns auf jeder Ebene dagegen verwahren, dass die Öffentliche Daseinsvorsorge immer mehr eingeschränkt wird und immer mehr in den Privaten Dienst übergeholfen werden muss. Und wenn wir jetzt die Europäische Richtlinie debattieren, über die grenzüberschreitende Gesundheitsvorsorge, dann bin ich dafür, ja, dass Gesundheitsvorsorge gleich abgesichert werden soll in der ganzen Europäischen Union, aber ich bin kategorisch dagegen, dass diese Richtlinie denen, die das bezahlen können die Möglichkeit gibt, sich die Gesundheitsvorsorge woanders zu holen, weil es diejenigen, die es nicht bezahlen können, eben nicht können und das hat wieder nichts mit Gleichwertigkeit seiner Bürger der Europäischen Union zu tun. Und d.h., wenn wir uns dafür stark machen, dass unser Gesundheitssystem hier in Brandenburg, dass unsere Krankenhäuser, die in den meisten Kreisen klassische Hoheit sind, dass sie ordentlicher Angebote machen können, dann müssen wir uns auch um die Finanzierung kümmern. Dann müssen wir uns um die Investition dort kümmern und dann müssen die Haushalte in Brandenburg auch so gestrikt werden und dann muss die Zuführung für die Kreise entsprechend sein, dass sie diese Aufgabe nachkommen können. Dann haben wir wieder eine wunderbare Verknüpfung von Europäischer Politik mit lokaler, mit regionaler, mit Landespolitik. Ich weiß, wenn man sich das anschaut, das hab ich jetzt wirklich aus tiefster Überzeugung, weil mich das so oft so maßlos geärgert hat, das was diese Bundesrepublik jetzt macht mit der Abschirmung, mit der Risikoabschirmung, halte ich persönlich für richtig – sage ich ganz ehrlich. Im Übrigen hat die Berliner PDS vor langer Zeit etwas Ähnliches gemacht und hat dafür Prügel bezogen, noch und nöcher aus unserer eigenen Partei, sie hat nämlich eine Risikoabschirmung für die Berliner Landesbank gegeben und die Sparkasse in Berlin, das ist nun mal eine Besonderheit, war Bestandteil dieser Landesbank Berlin und was ist als Resultat rausgekommen? Es ist gehalten worden, es ist verkauft worden, alles an die Sparkasse verkauft worden. Ich sage, man kann durchaus auch aus solchen Situationen zum Schluss etwas Positives bewirken. Ich gebe zu, es hätte auch anders ausgehen können. Aber diese Möglichkeit, so zu machen, so zu nutzen – sage ich – wenn wir jetzt diese Abschirmungen geben und sagen, das ist in Ordnung, das ist der eine. Aber Abschirmung heißt auch, wenn ihr die bekommt, will ich Mitspracherechte und die Mitspracherechte will ich solange, auch ausüben, wie ihr über unsere Abschirmung verfügt. Und da glaube ich, müssen wir LINKEN noch mörderischen Druck machen, weil man kaum irgendwo nachvollziehen kann, wo tatsächlich sich damit die Einwirkungsnahme in der Realität verändert. Sie verändert sich nicht. Sie hat sich bisher nicht verändert. Und da sind wir wieder bei der prinzipiellen Debatte, die wir LINKEN ja auch so wahnsinnig gerne führen – im Übrigen führen wir die schon seit weit über 100 Jahren, die hat schon Bernstein in der Rosa-Luxemburg geführt. Sollen LINKE in einem kapitalistischen System sich an

eine Regierung beteiligen. Werden die LINKEN dann nicht von diesem kapitalistischen System sozusagen aufgesogen. Kann man in einem kapitalistischen System über Reformen Veränderungen machen oder muss man eine Revolution betreiben. Es geht seit weit über 100 Jahren, ich glaube, wir werden uns auch noch die nächsten 30 Jahre damit auseinandersetzen, weil in 30 Jahren haben wir vielleicht auch wieder mal eine andere Gesellschaft und dann brauchen wir uns damit nicht mehr so tiefgründig zu befassen. Auf den Weg machen, das hast du vorhin gesagt, ist richtig, wir sind aber schon da. Wir sind ja schon der Igel, wir sitzen in dieser Europäischen Union, wir sitzen in diesem Europäischen Parlament und wir werden wieder dort einziehen und wir werden verstärkt einziehen und wir müssen diese Arbeit fortsetzen und ich habe eine große Bitte, ihr seid alle klug genug und jeder Delegierte ist wirklich klug: Wenn ihr zu den Wahlen schreitet, ich will jetzt nicht über die Brandenburger, sondern über die Europäischen, also auf dem Wahlparteitag. Schaut euch die Delegierten, schaut euch die Liste an, was wir müssen: wir müssen garantieren, dass die politischen Felder, die für uns in der Bundesrepublik Deutschland bzw. hier in Brandenburg, die politischen Felder, die für uns ganz wichtig sind, dass die auch durch Genossen vertreten sind. Es nutzt gar nichts, wenn wir mit 12, oder 15 oder 17 oder 3 Leuten einzeln – egal wie viel – wenn sie alle nur dasselbe politische Feld machen, das nutzt nichts. Wir müssen wirklich eine Unmenge und danach muss auch ausgewählt werden, wir brauchen Landwirtschaftspolitiker, Umweltpolitiker, wir brauchen Wirtschaftspolitiker, wir brauchen Sozialpolitiker, wir brauchen Verkehrspolitiker, wir brauchen Haushaltspolitiker, wir brauchen Finanzpolitiker!

Und das ist etwas, das sag ich auch, das gefällt mir an dem Auswahlverfahren nicht. Ich denke, dass eine Partei eine Verantwortung hat und die Verantwortung hätte heißen, benenne die Felder, die für uns ganz ganz wichtig sind, die politischen Felder. Und dann sollen sie antreten, die Kandidaten, die innerhalb ihrer politischen Felder antreten, dann ist es ein fairer Wettbewerb. Dann kämpfen nämlich nicht der Außenpolitiker gegen den Wirtschaftspolitiker und der Verkehrspolitiker gegen den Sozialpolitiker, dann sind die sozusagen fair miteinander Parteikonkurrenten auf demselben Gebiet, das macht Sinn. Und dann kann der Delegierte sich wirklich innerhalb dieses Gebietes, dem er aus dem UR das meiste Vertrauen zu hat. Wenn man sich das Europaprogramm anschaut, da wollte ich euch gerne was vorlesen. Da steht als erster Satz: Die Bürgerinnen und Bürger der EU können sich bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2009 erstmals wieder aktiv in die Zukunft einmischen. Ich halte das für grundlegend falsch, weil das hieße ja, wir können uns nur einmischen, wenn wir wählen gehen. Nein, nein, nein, wir können uns jeden Tag einmischen und der Bürger kann sich auch jeden Tag einmischen, der Bürger muss sich jeden Tag in die Politik einmischen und wir müssen es organisieren. Wir müssen die Triebfeder dessen sein, als Partei alleine kann man in den Parlamenten eine ganze Menge bewegen, das weiß ich, jawohl, oder als Fraktion. Aber man braucht dieses Zusammenspiel mit allen gesellschaftspolitischen Akteuren, das hat schon in der letzten Zeit viel besser geklappt, aber das müssen wir noch mehr vorantreiben und insofern würde ich mir wünschen, wenn dieses Europawahlprogramm, so wie es jetzt vorliegt, noch durch Veränderungsanträge in dieser Richtung viel mehr verändert wird. Natürlich, eine Partei muss ihre Vision dort artikulieren und ein Wahlprogramm sollte auch wirklich versuchen zu sagen, was ich glaube in der nächsten Legislaturperiode vorrangig betreiben zu wollen. Ein Wahlprogramm ist kein Parteiprogramm, das ist auch noch nicht so hundertprozentig in diesem Wahlprogramm gelungen. Was richtigerweise für mein Verständnis, was viele andere anders sehen, das will ich auch durchaus konstatieren. Es ist hier nicht politisches Feld für politisches Feld abgehandelt worden, sondern ist versucht worden grundsätzliche Herangehensweisen in der Politik zu beschreiben und Verknüpfungen herzustellen zwischen den einzelnen politischen Feldern und nicht sagen, in der Verkehrspolitik wollen wir das und da wollen wir das und da wollen wir das, weil das in diesem Europäischen Institutionsgebilde sowieso so nicht geht, weil eine Richtlinie immer enorme Auswirkungen auf

wahnsinnig viele breite gesellschaftspolitische Kreise hat und deswegen würde ich euch wieder bitten, diejenigen, die dann also nach Essen fahren zum Parteitag, an dieser Herangehensweise nichts zu ändern und es dabei zu belassen, dass man wirklich diese übergreifende Beschreibung dessen, was wir wollen, drin lässt und eine letzte Bitte, ich weiß auch, dass Wahlprogramme auch nicht sozusagen Abrechnungszettel von politischen Fraktionen oder Parteien sein soll. Ich denke aber auf der anderen Seite, dass in einem Wahlprogramm auch das gehört, was man in der vorhergehenden Legislatur bewegt hat und was man nicht bewegen konnte.

Warum soll der Bürger uns wählen? Wir treten an: Ihr sollt uns wählen, weil wir da ganz viel machen wollen. Ich glaube, es ist gar nicht so unklug zu sagen, wir treten an, weil wir das und das und das schon bewegt haben, weil wir es bewegen können und weil wir noch das und das und das bewegen wollen und leider fehlt sozusagen der Bezug dessen, was tatsächlich die LINKE organisieren konnte in diesem Parlament, fehlt in diesem Europawahlprogramm und dafür werbe ich, dass man das bei Änderungsanträge wieder versucht aufzunehmen. Und wir haben eine Chemikalienrichtlinie mit organisiert, die natürlich – ich weiß das – da kann man auch unzufrieden drüber sein, weil wir nun nicht gleich die sozialistische Umweltrevolution hervorgerufen haben, aber wir haben ein vollkommen anderes Verständnis im Umgang mit Chemikalien bezüglich des Gesundheitsvorsorgeschutzes auf die Bevölkerung organisieren können, wir haben eine Marktzugangsstrategie kategorisch und gnadenlos verändert. Der Importeur ist jetzt zuständig und verantwortlich und rechtlich zur Rechenschaft zu ziehen für Produkte, die aus Drittstaaten oder sonstwer importiert werden und negative gesundheitliche Auswirkungen hier haben. Ich könnte die Liste endlos machen, ich glaube, wir müssen nachweisen, dass wir einen Gebrauchswert haben und jetzt bin ich noch mal bei Marx, mit dem habe ich angefangen und mit dem höre ich auch auf. Werte werden für Triebkräfte und die Triebkräfte bestimmen das Handeln der Menschen danach. Wir müssen unsere Werte setzen und dann werden diese Werte bei dem Wähler zu Triebkräften und dann werden wir auch irgendwann eine ganz andere gesellschaftspolitische Herangehensweise haben, weil es dann das Handeln aller Menschen bestimmt.

Ich bedanke mich ganz herzlich.

Entschuldigung ich wollt gern noch einen Satz sagen. Thomas hat es ja gesagt, dass ich nicht wieder für das Europäische Parlament antrete, das heißt aber nicht, dass ich mich nicht anbiete, bei dem Europawahlkampf, natürlich auch bei dem Landeswahlkampf mitzumachen. Also genauso, wie das in der Legislaturperiode immer war, meldet euch, sagt euch, wenn ihr Interesse habt, ich komme gerne und wir werden es gemeinsam schaffen und wir werden gemeinsam stärker. Das wird passieren.

Beschlüsse des Parteitages

Für Brandenburg: Zukunft sichern, Armut bekämpfen, Demokratie stärken. Original sozial: DIE LINKE. (Projekte 2009)

Am Vorabend des Wahljahres 2009 – 20 Jahre nach Beginn der demokratischen Umwälzungen in der DDR – hat sich mit der weltweiten Finanzkrise der Rahmen für politisches Handeln erneut deutlich verändert. Der enthemmte neoliberale Kapitalismus, der mit dem Scheitern des Staatssozialismus Marktradikalismus, Sozialabbau und Casino-Gebaren an den Finanzmärkten rechtfertigte, hat einen Kollaps erlitten. Diejenigen, die den Staat an den Rand gedrängt und sich über den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft hinweg gesetzt hatten, flüchten nun unter den Schutzschirm des Staates und in die Arme der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Neben die Erfahrung mit dem Scheitern von Staatssozialismus und autoritärem Parteien-Monopol tritt nun die mit dem Kollaps des ungezügelterten Finanzmarktkapitalismus und seiner politisch zugelassenen und beförderten Verantwortungslosigkeit. Es gilt die kapitalistischen Ursachen für die Anhäufung von Reichtum auf der einen Seite und wachsender Armut auf der anderen Seite aufzudecken. Jetzt droht eine Entwicklung, in der die Folgen der Krise des Kapitalismus auf die von Erwerbsarbeit lebenden, auf die Rentnerinnen und Rentner, auf die Arbeitslosen, auf die sozial Benachteiligten abgewälzt werden. Dem werden wir entschiedenen Widerstand entgegensetzen.

Erneut sind große Fragen wie die nach dem Verhältnis von Markt und Staat, von Wirtschaft und Politik, von Risiko und Sicherheit, von individueller Freiheit und gesellschaftlicher Verantwortung, von Macht und Teilhabe auf die Tagesordnung gerückt. Der Blick zurück zeigt: Es kann, es darf in diesen Dingen kein Entweder-Oder geben. Es geht um die richtige Mischung, um eine stabile Balance. Das ist die alte Idee eines Dritten Weges.

Die Antwort auf die Frage, was das ist, liegt vor, nicht hinter uns. Wir nennen diesen Weg nach vorn demokratischen Sozialismus. Er ist für uns Bewegung, Wertesystem und Ziel – das Ziel einer Gesellschaft, in der die freie Entwicklung einer und eines jeden zur Bedingung der freien Entwicklung aller wird. Dazu machen wir uns hier und heute auf den Weg. Unser Einsatz gilt sozialer Gerechtigkeit und einer erneuerten Arbeitswelt, die allen Frauen und Männern Existenz sichernde Erwerbsmöglichkeiten bietet, dem dauerhaften Erhalt der Umwelt, der Bewahrung und Entwicklung der menschlichen Kultur, der Durchsetzung der Menschenrechte. Wir streiten für auf die demokratische Regelung aller Angelegenheiten durch die Bürgerinnen und Bürger selbst. Dabei lassen wir uns von Werten leiten, die den Schritten zu einer gerechten Gesellschaft Zusammenhang und Orientierung geben: Freiheit, Gleichheit und Solidarität bilden den Inhalt der Gerechtigkeit, die wir anstreben. Sie sind mit Frieden, Bewahrung der Natur und Emanzipation untrennbar verbunden.

Die Überwindung der Fehlentwicklungen und sozialen Spaltungen setzt demokratische Verhältnisse und deren ständige Weiterentwicklung voraus. Die Vertrauens- und Gesellschaftskrise, die über das Drama der Finanzwirtschaft hinaus reicht, ist nicht das Ende der Demokratie. Nur wenn es gelingt, sie als Mahnung zu einer neuen Sternstunde der Demokratie zu begreifen, und die Interessen der Mehrheit zur Geltung zu bringen – d. h., tatsächliche Demokratie in allen Bereichen der Gesellschaft, insbesondere der Wirtschaft, herzustellen, wird die Krise nachhaltig überwunden werden können.

Ein handlungsfähiger Staat ist nicht Gegenbild von Demokratie und Teilhabe, sondern deren Instrument und nötige Ergänzung. Wir wollen staatliches Handeln zur rechten Zeit und an der richtigen Stelle, mit Augenmaß und Effizienz – nicht erst dann, wenn wie bei der Finanzkrise das Kind schon im freien Fall in den Brunnen ist.

Diese Auseinandersetzungen werden nicht außerhalb Brandenburgs und dürfen nicht über unsere Köpfe hinweg geführt – sondern auch in und für Brandenburg, mit uns und durch uns. Wir – die LINKE wie die Brandenburgerinnen und Brandenburger – stellen uns dem nicht erst jetzt. Gemeinsam haben wir in den letzten zwei Jahren einen intensiven Dialog über ein neues Leitbild für unser Land geführt. Darauf bauen wir jetzt auf.

Brandenburg ist für viele Bürgerinnen und Bürger zu einem Land geworden, in dem zu leben und zu arbeiten sich lohnt. Sie haben hart gearbeitet, manches erreicht – und einiges zu verlieren. Der wirtschaftliche Zusammenbruch und die Turbulenzen der 90er Jahre liegen hinter uns. Viele Versprechungen, Hoffnungen und Wünsche aus der Zeit des Beitritts der DDR zur BRD vor fast zwanzig Jahren sind so nicht aufgegangen, dennoch ist das Leben für viele beherrschbar und auch lebenswert geworden. Brandenburg hat einiges zu bieten: eine leistungsfähige moderne Infrastruktur, eine vitale Hochschul- und Forschungslandschaft, einen hohen Versorgungsgrad mit Kita-Plätzen, eine deutlich verbesserte Umweltsituation und wiederbelebte attraktive Innenstädte.

Brandenburgerinnen und Brandenburger haben allen Grund, Stolz auf ihre Lebensleistung zu sein – oftmals schon die zweite. Und ein zweites Mal ist vieles bedroht.

Politisch gibt es keinen Anlass, sich zurück zu lehnen. Die Herausforderungen sind groß, der Druck wächst – nicht nur wegen der Finanzkrise und der drohenden Rezession. Die aktuelle Krise gibt Anlass zu größter Sorge und überschattet vieles. Doch die wirtschaftliche Lage der Menschen hat sich schon in den letzten Jahren – auch jenen der Konjunktur – nicht im notwendigen Umfang verbessert. Preis- und Kostensteigerungen gehen an die Substanz – und sie sind nicht immer nur Folge knapper werdender Ressourcen und gesteigerter Nachfrage, sondern viel zu oft Ergebnis von Spekulation und Monopolpreisbildung.

Die Verhältnisse im Land sind zudem nicht gerechter geworden. Die sozialen Risiken nehmen zu: schlecht bezahlte, nicht Existenz sichernde Arbeit greift um sich. Bei Verdienst und Einkommensniveau der privaten Haushalte gibt es gewaltige regionale Unterschiede. Große Teile des Landes leiden weiter unter Abwanderung, wirtschaftlicher Schwäche und mangelnder Zuwendung durch die Landespolitik. Die öffentliche Daseinsvorsorge ist gefährdet, die Finanzausstattung unzureichend.

Viel zu vielen Menschen blieb über die Jahre die Möglichkeit verwehrt, sich in Brandenburg eine gute, tragfähige Existenz aufzubauen – ihnen gegenüber steht unser Land in der Pflicht.

Die Schattenseiten unseres Landes treffen besonders die Kinder und Jugendlichen. Ein unerträglich hoher Teil von ihnen wächst in extrem schlechten finanziellen Verhältnissen auf – ein erheblich größerer Teil als bei den Erwachsenen. Materielle Armut geht einher mit schlechteren Bildungschancen und größeren Gesundheitsrisiken. Not ist für die nachrückenden Generationen noch viel präsenter und prägender als für die Älteren. Dazu kommt eine weitere Erfahrung für die Jüngeren: Ihr Weg ins Leben ist in Brandenburg voller Hürden und ein Kampf gegen Vorurteile. Das beginnt mit einem Schulsystem, das eine große Mehrheit im Land für ungeeignet hält, allen Kindern einen guten Start ins Leben zu ermöglichen. Einerseits fehlen Arbeitsplätze – andererseits können qualifizierte Ausbildungsplätze nicht mit geeigneten Bewerbern besetzt werden. Die Hochschulen sind überlastet, die Qualität der Lehre steht in der Kritik. Berufseinsteiger finden schwer Arbeit.

Die Rahmenbedingungen für Brandenburg werden in den nächsten Jahren nicht besser, sondern

komplizierter. Es beginnt der spürbare Rückgang der Mittel aus dem Solidarpakt, der 2019 gänzlich ausläuft. Die EU-Förderung ändert sich; für die landwirtschaftlichen Betriebe beginnt die Umstellung schon jetzt. Die internationale Finanzkrise belastet die öffentliche Hand und fordert zugleich zu zusätzlichen Anstrengungen heraus, die Realwirtschaft, vor allem die kleinen und mittelständischen Unternehmen am Laufen zu halten. Dazu gehört auch die Stärkung der Massenkaukraft.

Die globalen klimatischen Veränderungen machen keinen Bogen um Brandenburg. Witterungs-extreme mit Wassermangel und Trockenheit aber auch Hochwasser und Überflutung sind Herausforderungen, denen unser Land gegenüber steht. Für manche Landstriche werden sogar Verödung und Versteppung prognostiziert. Klimawandel und CO₂-Emissionen – in Brandenburg sehr stark ausgehend von der Braunkohleverstromung – stehen in enger Verbindung.

Die Situation unseres Landes verlangt tatkräftige, verantwortungsbewusste Politik. Doch wir haben eine schwache, zunehmend instabile Landesregierung, die immer öfter an den realen Anforderungen vorbei und über die Köpfe der Menschen hinweg regiert. Bei den Kommunalwahlen 2008 hatten SPD und CDU zusammen erstmals seit 1990 keine Mehrheit mehr im Lande.

Wir wollen, dass unser Land einen guten Weg mit allen und für alle geht. Damit dies gelingt, müssen Fundamente gefestigt, Fehlentwicklungen beendet und neue Türen aufgestoßen werden.

Wir stellen uns dieser Aufgabe und rücken dafür folgende Vorhaben ins Zentrum der Debatte über die Perspektiven Brandenburgs:

1. Gute Arbeit – gute Löhne – stabile Wirtschaft.

Gute Arbeit – das ist das Gegenmittel gegen Armut und die Basis eines guten Lebens. Wir brauchen deutlich mehr Arbeitsplätze, von denen Mann wie Frau leben kann.

Politik hat die Pflicht und auch Möglichkeiten, für gute Arbeit zu sorgen. Wir wollen dem Lohnwettbewerb nach unten einen Riegel vorschieben. Existenz sichernde gesetzliche Mindestlöhne sind ein Mittel dafür. Zugleich muss die öffentliche Hand in die Lage versetzt werden, nicht ihrerseits zum Lohndumping herauszufordern. Die Bemühungen zur Vereinheitlichung des Arbeitsrechts auf Bundes- und EU-Ebene unterstützen wir.

Die öffentliche Auftragsvergabe verstehen wir als Rahmenbedingung für nachhaltige regionale Wirtschaftskreisläufe. Die Vergabe von öffentlichen Aufträgen in Brandenburg muss an tarifliche und soziale Mindeststandards gebunden werden. Kriterien sollten auch betriebliche Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen und Männern, zur beruflichen Integration von Menschen mit Behinderung oder mit Migrationshintergrund, zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen sein. Wir bekräftigen unser Bekenntnis zur wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen.

In der Arbeitsmarktpolitik setzen wir auf öffentlich geförderte Beschäftigung mit Sinn stiftenden und Existenz sichernden Tätigkeiten. Damit sollen wichtige gesellschaftliche Aufgaben erfüllt werden, die die Privatwirtschaft mangels Gewinnaussichten nicht wahrnimmt. Die Förderung soll vor allem Menschen zu Gute kommen, für die dies auf längere Sicht die einzige Chance bedeutet, die Arbeitslosigkeit zu beenden. Die Förderung beruht auf dem Prinzip der Freiwilligkeit, die Entlohnung muss nach Tarif erfolgen und mindestens in Höhe des angestrebten gesetzlichen Mindestlohns liegen.

Wir wollen Mittel, statt sie für Arbeitslosigkeit auszugeben, zur Finanzierung von gemeinwohlorientierter Beschäftigung nutzen. Der Kommunalkombi ermöglicht einen Einstieg – jedoch nicht überall und nicht im erforderlichen Ausmaß. Im Rahmen dieses Programms könnten in Brandenburg ca.

11.000 Stellen geschaffen werden. Erst ein Bruchteil dieses Kontingents ist besetzt. Bund und Land haben Zugangsmöglichkeiten und Finanzierung halbherzig ausgestaltet. In Landkreisen mit einem „geteilten Arbeitsmarkt“ bleiben die Regionen mit hoher und verfestigter Arbeitslosigkeit von der Förderung ausgeschlossen. Zu restriktiv ausgestaltete Zugangsvoraussetzungen für Arbeitsuchende erschweren die Besetzung der Stellen. Und nicht zuletzt hat die Landesregierung die Kofinanzierung auf zwei Drittel des möglichen Stellenkontingents begrenzt. Wir setzen uns dafür ein, diese Hemmnisse zu beseitigen.

In der Wirtschaftspolitik verfolgen wir einen komplexen, gestalterischen Ansatz. Sie ist mehr als Förderpolitik und umfasst Ordnungspolitik, Genehmigungsverfahren, Kartellrecht, Einfluss auf Preisbildung, Regulierung von Netzzugängen und nicht zuletzt auch Gewährleistung demokratischer Teilhabe. Wirtschaftspolitik muss mit der Regionalentwicklung verzahnt werden.

Eine Wirtschaftspolitik, die mit dem „Standortvorteil“ niedriger Löhne und längerer Arbeitszeiten wirbt, ist kontraproduktiv: Sie forciert mit öffentlichen Geldern die Ausbreitung unterbezahlter Arbeit. Demgegenüber muss Unterstützung für Unternehmen nicht nur an die Zahl von Arbeitsplätzen, sondern auch an die Qualität von Arbeit gebunden werden – also etwa an Fragen wie die, ob der subventionierte Arbeitsplatz mit Leiharbeit besetzt wird, ob dort Niedriglöhne gezahlt werden oder ob das Recht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer behindert wird, einen Betriebsrat zu wählen.

Zwei Aufgaben drängen wirtschaftspolitisch ganz besonders: die Substanzzpflege der bestehenden, oft kleinteiligen und eigenkapitalschwachen Unternehmensstruktur und die Bewahrung industrieller Kerne einerseits sowie die Aktivierung der vorhandenen Entwicklungspotentiale andererseits. Brandenburgs Chance liegt vor allem bei neuen Industrien und Dienstleistungen, bei Wissenschaft und Innovation. Die seit dem Kahlschlag durch die Treuhand bestehende Lücke bei der Industrieforschung muss geschlossen werden.

Förderlogik und Förderstruktur wollen wir umbauen: So soll es künftig eine Grundförderung für alle Wirtschaftsregionen in Brandenburg geben, die im Prinzip aus Darlehen und Zinsvergünstigungen besteht. Dazu kommt – in Abstimmung mit Berlin – eine gezielte klassische Förderung von innovativen Branchen, tragfähigen Netzwerken und grenzüberschreitenden Kooperationen sowie für Forschung und Entwicklung in KMU und für den Transfer Wissenschaft – Wirtschaft. Für KMU, Handwerk und freie Berufe soll es Mikrofinanzierungen geben. Das Bürgschaftssystem soll zur Stärkung der Eigenkapitalsituation ausgebaut werden. Ein solcher Umbau der Förderlogik könnte durch eine andere Kombination der Fördermöglichkeiten, durch die Neuordnung Verantwortlichkeiten sowie durch eine bessere Nutzung der bundespolitischen und europäischen Rahmenbedingungen 100 Mio. Euro Finanzmasse inhaltlich ersetzen.

Wirtschaftspolitik muss mit der Regionalentwicklung und der Raumplanung enger verzahnt werden. Das gilt für das ganze Land – und nicht nur für die von der Landesregierung ausgewiesenen Wachstumskerne und Schwerpunktregionen der ländlichen Entwicklung. Wir wollen nicht zulassen, dass besonders strukturschwache ländliche Regionen in Randlage weiter abgehängt werden. Dazu sind stabile Agrarstrukturen notwendig, eine Bodenpolitik, die die Brandenburger Landnutzer stärkt, und die Grundförderung für alle Wirtschaftsregionen beinhaltet. Dies wollen wir erreichen, indem die ländlichen und strukturschwachen Räume so entwickelt werden, dass sie dem Grundsatz der Landesverfassung folgend, gleichwertige Lebensbedingungen garantieren. Dazu sind die spezifischen Potenziale gezielt zu entwickeln. Land- und Forstwirtschaft müssen dabei als Anker für Existenzsichernde Einkommen und selbstbestimmtes Leben in den Dörfern und kleinen Städten verstanden werden. Wir lehnen daher die Stellenkürzungen im Zuge der Forstreform ab und fordern stattdessen eine Erschließung der Holzreserven vor allem im Kleinprivatwald und die Unveräußerlichkeit des

Landeswaldes. In der Landwirtschaft gilt es, den Beschlüssen zur Benachteiligung der ostdeutschen Agrarstrukturen wirksame Förderinstrumente entgegenzusetzen, die einen Verbleib der finanziellen Mittel in unseren Regionen sichern. Das bedeutet auch, dass alle Maßnahmen, die zu einer Verbesserung und Harmonisierung der Umweltstandards beitragen, von uns unterstützt werden. Dabei sind neue Einkommensquellen und Geschäftsfelder zu erschließen. Der Boden als Hauptproduktionsmittel und die Nahrungsmittel dürfen nicht zum Spekulationsobjekt von Finanzjongleuren werden. Kreislaufwirtschaft und die Versorgung des Ballungsraumes Berlin sind zu fördern.

Einkommen im ländlichen Raum zu akkumulieren bedeutet gleichermaßen, die reichhaltigen naturräumlichen Gegebenheiten Brandenburgs zu erhalten, zu pflegen und schonend zu nutzen. Ebenso sind diese Landstriche in ihrer Attraktivität für die Erholungsfunktion zu entwickeln, durch sanften Tourismus, Umweltbildung und die Stärkung der Großschutzgebiete. Naturschutz ist ein Wert an sich. Der Schutz von Arten und Biotopen lässt sich nicht gegen Wirtschaftswachstum und Bautätigkeit aufrechnen. Ohne intakte Umwelt, ohne funktionierenden Landschaftswasserhaushalt und ohne notwendige Anpassungsstrategien zur Vermeidung bzw. Abmilderung von Klimaveränderungen stellt sich jeder Fortschritt aufgrund der spezifischen Brandenburger Bedingungen selbst in Frage.

Wir wollen den Bau des Flughafens Berlin Brandenburg International (BBI) kritisch und konstruktiv begleiten und engagiert mitgestalten. Fehler wie bei der fehlenden Bahnerschließung für den teuren, unterirdischen Flughafenbahnhof BBI (636 Mio. Euro) dürfen sich nicht wiederholen.

Wir wollen das Bündnis am Boden, und setzen uns für den Schutz der Anwohner vor Gesundheitsgefährdungen durch den Flugverkehr und treten für die Einhaltung des Nachtflugverbotes auch in den sogenannten „Randzeiten“ ein. Der von der Landesregierung angekündigte Vorteils-Nachteils-Ausgleich für die Gemeinden im Umland des Flughafens muss realisiert werden

2. Armut überwinden, Armut verhindern.

Brandenburg hat sich mit der derzeitigen Landesregierung zu viele Fesseln für ein erkennbares politisches Agieren auf der Bundesebene auferlegt. Unser Land muss künftig aber im Bund klar seine Stimme nicht nur für den gesetzlichen Mindestlohn, ebenso deutlich erheben für

- ◆ eine Grundsicherung für alle, die Armut verhindert,
- ◆ für die Aufstockung der Regelsätze, vor allem für Kinder,
- ◆ für die Sicherung des Rentenniveaus und die Anhebung des Rentenwerts (Ost) auf Westniveau,
- ◆ für ein Gesetz, das verhindert, dass Praktika als Deckmantel für Dumping-Löhne für Berufseinsteigerinnen und -einsteiger missbraucht werden, und
- für gesetzliche Regelungen, die einkommensschwache Haushalte durch den Erlass von Grundgebühren o. ä. gegen explodierende Energiekosten schützen.

Die Zunahme von Leiharbeit, Mini-Jobs, Teilzeitarbeit und befristeter Beschäftigung wurde erst durch die Hartz-Gesetze ermöglicht. Insbesondere Frauen sind von dieser Entwicklung betroffen. Diese Einfallstore für Niedriglohnbeschäftigung müssen geschlossen werden. Die Durchsetzung des Prinzips gleicher Lohn für gleiche Arbeit gilt auch in der Leiharbeit, die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung, die volle Sozialversicherungspflicht für jede geleistete Arbeitsstunde und die Wiederherstellung des Qualifikationsschutzes sind unverzichtbar.

Im Lande selbst ist dafür zu sorgen, dass materielle Armut nicht in Ausgrenzung mündet. Das beste Mittel dafür ist der Weg zurück in existenzsichernde Erwerbsarbeit- Fortbildung und Umschulung für Erwerbslose hat deswegen einen hohen Stellenwert. Wir schlagen ein Sonderprogramm Fachkräftequalifizierung von Schulabschluss bis Rente unter Berücksichtigung der Gleichstellung von Mann und Frau vor.

Um die gesellschaftliche Teilhabe aller zu sichern, setzen wir uns für Familienpässe und Kultur-tickets ein.

Das Sozialticket muss über den 31. August 2010 hinaus Bestand haben. Es soll auch für Einzel-fahrscheine und Tagestickets möglich sein. Und es geht um die Einbeziehung des Tarifbereichs Berlin in den Geltungsraum des Brandenburger Sozialtickets.

Wir brauchen in Brandenburgs Kommunen Wohnungssegmente, die für einkommensschwache Haus-halte vorgehalten werden.

Aus dem BAföG für Studierende und Schülerinnen und Schüler sollte eine elternunabhängige Grund-sicherung werden.

3. Gute Bildung und Kultur für alle – von Anfang an.

Wir sehen in der Bildung eine der wichtigsten Zukunftsinvestitionen des 21. Jahrhunderts. Daher muss Bildung langfristig beitragsfrei werden – von der Kita über die Schule, die Ausbildung, das Studium bis zur Weiterbildung.

Von Chancengleichheit in der Bildung sind wir in Brandenburg weit entfernt. Wir sind für eine Stär-kung des öffentlichen Schulsystems, einen weiteren Abbau schulischer Infrastruktur darf es nicht geben.

16 Schulgesetzänderungen in den letzten zehn Jahren haben es nicht vermocht, die Qualität schuli-scher Bildung in Brandenburg zu verbessern. Wir müssen das Schulsystem ändern – mit Augenmaß und Verstand. Die Mehrheit in Gesellschaft und Politik weiß: Kinder gehören in der Schule – wie in der Familie – zusammen. Jeder kann von jedem lernen. Soziale Verantwortung, Offenheit, Team-geist, Kreativität – das alles entsteht nur im Miteinander, nicht in der Abgrenzung. Deswegen wollen wir längeres gemeinsames Lernen bis zum Ende der Sekundarstufe I in einer Gemeinschaftsschule, die jeden individuell fördert.

Die Änderung des Schulsystems braucht Zeit. Einige Dinge sind aber schon jetzt, unverzüglich nötig. Nötig sind eine höhere Qualität der frühkindlichen Bildung und Erziehung, eine Absenkung des Personalschlüssels in Kitas, Sprachstandsfeststellungen und Sprachförderung mindestens zwei Jahre vor Schulbeginn, mehr und qualifiziertere Ganztagsangebote, eine bessere Ausstattung mit Lehrerstellen und bessere Arbeitsbedingungen und Fortbildungsangebote für Lehrkräfte und Erzie-herInnen, auch mehr SonderpädagogInnen und SozialarbeiterInnen an Schule wie in der Freizeit. Und wir müssen umgehend die vom Europarat geforderten strukturellen Maßnahmen im Bereich der Vermittlung der niedersorbischen (wendischen) Sprache umsetzen.

Alle Kinder in Kita und Grundschule müssen mit einem Mittagessen versorgt werden, das für die Eltern kostenfrei ist und sich in das pädagogische Konzept und den Rahmen der Gesundheitspräven-tion einordnet.

Wir fordern ein Recht auf einen voll qualifizierten Ausbildungsplatz für jeden Jugendlichen. Das Recht auf Ausbildung gehört in die Landesverfassung. Die Qualität der Berufsausbildung hat oberste Priorität. Als Kern der beruflichen Ausbildung gilt nach wie vor das duale Ausbildungssystem. Inner-

halb der dualen Ausbildung ist die Stellung der Berufsschulen deutlich zu stärken.

Unternehmen dürfen nicht aus ihrer Verantwortung für die berufliche Bildung entlassen werden. Kleineren Unternehmen soll eine Beteiligung an Ausbildung über eine Umlagefinanzierung ermöglicht werden. Und die Landesverwaltung darf nicht länger ein negatives Beispiel abgeben – die niedrige und nicht einmal stabile Ausbildungsquote (1,25 Prozent im Jahr 2007) muss erhöht werden.

Eine kontinuierliche Modernisierung der Hochschullandschaft ist erforderlich. Deswegen müssen die Hochschulen zu einem dauerhaften Investitionsschwerpunkt des Landes werden. Es geht um die Steigerung der Lehrqualität durch bessere Betreuungsrelationen und mehr Qualität in der Lehre – nötig sind die Aufstockung des Lehrpersonals, eine Stärkung des akademischen Mittelbaus, die verpflichtende didaktische Weiterbildung des Lehrpersonals sowie eine umfassende Qualitätsentwicklung. Der Master muss der Regelabschluss an Hochschulen sein. Der freie Zugang zum Master muss gewährleistet werden. Die demokratischen Mitbestimmungsrechte müssen in allen Bildungsbereichen, insbesondere an den Hochschulen, gestärkt werden.

Wir lehnen jegliche Form von Studiengebühren – einschließlich Studienkonten – ab.

Kulturpolitische und bildungspolitische Entscheidungen wirken sich nie sofort aus, müssen deshalb immer auf Langfristigkeit angelegt sein. Aktionismus ist hier fehl am Platz.

Pflege und Förderung der Kultur, der Erhalt des kulturellen Erbes sowie die Schaffung von Rahmenbedingungen, die die Freiheit der Kunst sichern, müssen als gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen begriffen werden. Nur so können die Standards, die Brandenburg als attraktives Kulturland ausweisen, gehalten werden. Teilhabe an Kultur und kultureller Selbstaussdruck muss für alle – Kinder, Jugendliche und Erwachsene – möglich sein. DIE LINKE unterstützt eine Volksinitiative zur Sicherung der Qualitätsstandards der Musikschulen im Land Brandenburg.

Wir setzen uns dafür ein, genau zu prüfen, wo zur Sicherung kulturpädagogischer und künstlerischer Einrichtungen und Veranstaltungen der Übergang von einer Projektförderung zur vertraglich vereinbarten langfristigen Förderung (Institutsförderung) übergegangen werden kann. Dazu wird eine andere Logik im Haushaltsplan nötig sein, die Ausgaben für Bildung und Kultur vor allem als Investitionen begreift und ressortübergreifende Wirkungen anstrebt. DIE LINKE in Brandenburg setzt sich dafür ein, dass Kultur als Staatsziel möglichst verbindlich ins Grundgesetz aufgenommen wird. Nur so kann die Forderung nach einem kooperativen Kulturföderalismus eine solide Grundlage erfahren und im europäischen Rahmen zeitgemäß fortentwickelt werden.

4. Gutes Leben in allen Regionen.

Brandenburgs Regionen entwickeln sich sehr unterschiedlich – aber niemand darf für seine Heimat bestraft werden. Dem Verfassungsgrundsatz der gleichwertigen Lebensverhältnisse im gesamten Land Brandenburg muss mehr Geltung verschafft werden. Daher bedarf es auch weiterhin eines politischen Ausgleichs. Privatisierungen verbieten sich, wenn Aufgaben, die im Interesse der Gemeinschaft unverzichtbar sind und deren Umfang sich von daher bestimmt, dem Profitstreben unterworfen werden und wenn es zum Verlust von Steuerfähigkeit durch die öffentliche Hand kommt. Der Staat darf sich nicht weiter aus der Fläche zurückziehen, die öffentliche Daseinsvorsorge ist zu sichern und muss sich den wandelnden Erfordernissen anpassen.

Das Land muss das gewährleisten. Aber wie die Dinge organisiert werden – das muss in den Regionen selbst, das muss vor Ort entschieden werden können – mit klaren Kompetenzen und den

nötigen Finanzen. Das ist einerseits über eine Funktionalreform – einer Neuverteilung der Aufgaben zwischen dem Land, den Kreisen und den Gemeinden – zu gewährleisten. Andererseits brauchen wir eine neue, eine realistische, die tatsächlichen Entwicklungen und Handlungsnotwendigkeiten berücksichtigende Finanzausstattung der Kommunen.

In Brandenburg gibt es große regionale Unterschiede – auch innerhalb von Landkreisen und Gemeinden über Kreisgrenzen hinweg. Wir wollen kooperative Ansätze von Kommunen in der Region befördern. Über diesen Weg können bestehende Potenziale vernetzt, bisherige Investitionen weiter genutzt und Neues erschlossen werden. Für einen solchen Ausbau der interkommunalen Kooperation sind die notwendigen administrativen und landesplanerischen Voraussetzungen zu schaffen. Der Verzicht auf Grundzentren kann nicht dazu gehören – eine Landesplanung nur gestützt auf Mittelzentren als kleinste Stufe im Zentralen-Orte-System funktioniert in der Fläche nicht. Angesichts der demografischen Entwicklung und der damit verbundenen Probleme für die gewohnte Struktur der öffentlichen Daseinsvorsorge im ländlichen Raum werden die Städte als zentrale Orte mit ihrer sozialen Infrastruktur für die Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse immer wichtiger. Städte üben Funktionen für das Umland aus und sollen dementsprechend auch vom Umland unterstützt werden.

Die Unterstützung des Bundes für den Stadtumbau bleibt weiter erforderlich; der Stadtumbau ist mit gleicher Intensität wie bisher fortzuführen – mit veränderter Schwerpunktsetzung: weg vom bloßen Abriss, hin zur Aufwertung der Städte. Die Möglichkeiten des Landes, unter Nutzung von EU-Mitteln den Stadtumbau zu unterstützen, sind besser auszuschöpfen – sei es für sozialen Wohnungsbau im Berliner Umland oder zur Förderung der Doppelstädte an der deutsch-polnischen Grenze.

Für den Öffentlichen Personennahverkehr müssen wieder Landesmittel eingesetzt werden, damit mehr möglich wird, als nur das Bestehende zu verwalten: Wir wollen den Umweltverbund aus ÖPNV, Radverkehr und Fußwegen stärker fördern und die Verknüpfung der verschiedenen Verkehrsträger optimieren (Rad und Bahn, Auto und Bahn). Weitere Streckenstilllegungen und Abbestellungen im Schienenverkehr darf es nicht geben; Schienennetz und Bahnhöfe müssen besser werden.

Um die Gesundheitsversorgung in allen Regionen zu gewährleisten, muss die Kooperation von öffentlichen, ambulanten und stationären Leistungen neu gestaltet werden. Das Land muss durch insgesamt attraktive Lebensbedingungen wie auch durch gezielte Förderung dazu beitragen, dass sich wieder mehr Ärzte vor allem für die ländlichen Räume ansiedeln. Wir sind für die Einbindung der „Gemeindeschwester“ in die gesundheitliche Versorgung. Sie ist zuverlässige Partnerin der Bürgerinnen und Bürger wie auch der praktizierenden Ärzte vor Ort, aber sie kann kein Ärzteesatz sein.

Nicht nur für Ostbrandenburg sondern für die Zukunftsfähigkeit des gesamten Landes ist die Gestaltung der Zusammenarbeit mit der Republik Polen und dabei die Entwicklung umfangreicher Kooperationsbeziehungen mit den westpolnischen Woiwodschaften von Bedeutung. Dieser Raum zieht Kraft aus den Wachstumszentren Berlin, Szczecin, Poznan und Wroclaw, seine Potenziale liegen aber auch in Zentren wie Frankfurt (Oder) oder Zielona Góra und im ländlichen Raum. Zentrales Projekt hier ist die „Oder-Partnerschaft“. Für eine wettbewerbsfähige europäische Region an Oder und Neiße bleibt noch viel zu tun: eine Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zur Herausbildung eines Wirtschaftsstandortes Berlin/Brandenburg-Westpolen, die Schaffung eines Netzwerkes von Hochschul- und Forschungseinrichtungen, die Erarbeitung und Umsetzung eines grenzüberschreitenden Verkehrskonzepts oder die gemeinsame Erschließung der kulturellen und natürlichen Potenziale der Region im Sinne eines Erlebnisraumes Oder-Neiße.

Wir bleiben dabei: Brandenburg ist mehr als die Metropolen-Region um Berlin. Seine Beziehungen

zur Bundeshauptstadt sind nicht nur in der Form einer Länderfusion denkbar. Wir wollen eine intensive Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen.

5. Bezahlbare Lebensumstände.

Preise, Abgaben, Beiträge und Gebühren gehören auf den Prüfstand; Preisstabilität und angemessene Kosten sind der Maßstab. Nicht alles hat der Staat, nicht alles hat das Land Brandenburg in Griff. Aber in einigen Bereichen besteht nicht nur Handlungsbedarf, sondern kann auch etwas getan werden.

Dazu gehört der Abwassersektor. Bürgerinnen und Bürgern, die bereits seit Jahrzehnten angeschlossen sind, aber auch Unternehmen, denen Beitragsforderungen in teilweise zweistelliger Millionenhöhe drohen, muss durch eine vernünftige Stichtagsregelung die Angst vor unakzeptablen und hohen, nicht eingeplanten Kosten oder gar vor dem Ruin genommen werden. Wir setzen uns für eine Lockerung des Anschluss- und Benutzungszwangs im ländlichen Raum ein. Bürgerinnen und Bürger sollen dort selbst entscheiden können, ob sie an zentrale Kläranlagen angeschlossen werden oder Wiederaufbereitungsanlagen nach hohen ökologischen Standards betreiben. Wir brauchen eine Gesamtoffensive für einen sozial verträglichen Umbau der Wasser- und Abwasserwirtschaft in Brandenburg und fordern die Landesregierung auf, noch vor der Landtagswahl ein Abwasserhandlungskonzept vorzulegen. Durch ein Kommunalabgabenbegrenzungsgesetz sollen die Spielräume der Kommunen erweitert werden.

Wohnen muss bezahlbar sein! Die Entlastung von „DDR-Altschulden“ – auch für dauerhaft leer stehenden Wohnraum – bleibt wichtig, denn nur dann haben die Wohnungsunternehmen Spielraum für soziales Engagement und für möglichst miet-neutrale Investitions- und Modernisierungsmaßnahmen. Notwendig ist zugleich eine Reform der bisherigen Praxis der Erstellung von Mietspiegeln.

Auch die Kontrolle und dauerhafte Begrenzung der Energiepreise bleibt eine zentrale Herausforderung. Brandenburg darf sich da nicht hinter dem Bund verstecken – vielmehr gilt es, bundespolitisch klar Position zu beziehen:

- ◆ für die Senkung von Energiekosten für Haushalte mit geringem Einkommen
- ◆ für die Entkopplung der Preisentwicklung der Energieträger Gas und Öl sowie
- ◆ für eine verbesserte Kontrolle von marktbeherrschenden Unternehmen
- ◆ für den diskriminierungsfreien Zugang zu den Netzen auch für kleine Anbieter oder für Stadtwerke,
- ◆ für die Trennung von Netzbetrieb und Energieerzeugung.

Das Land muss generell den ihm gegebenen ordnungspolitischen Rahmen voll ausschreiten. So kann das Landeskartellamt durchaus zur Kontrolle von Preisen beitragen; es muss entsprechend arbeitsfähig gehalten werden.

6. Zukunftsfähiges Energieland Brandenburg – ökologisch und sozial

In Brandenburg gibt es einen Energiemix zwischen den stärker werdenden erneuerbaren Energien Windkraft, Biomasse und Solarwirtschaft einerseits und der traditionellen Braunkohleverstromung andererseits. Der Klimawandel erfordert zwingend, mittelfristig – also spätestens bis 2050 – die Braunkohleverstromung zu beenden. Dieser Prozess muss verantwortungsbewusst gestaltet werden. Einen Einstieg strebt das von uns unterstützte Volksbegehren „Keine neuen Tagebaue!“ an.

Dies ist Teil des von der Linksfraktion im Landtag angestoßenen Energiedialogs. Wir wollen diesen Dialog fortführen, denn es geht um eine neue, zukunftsfähige Energiepolitik – getragen von stabilen Mehrheiten in Gesellschaft und Politik. Eine Energiepolitik, die Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit, effiziente Energiebereitstellung sowie -nutzung und günstige Preise mit Klimaschutz, Bewahrung der Heimat und Verantwortung für nachfolgende Generationen verbindet, die Innovationen anregt und die notwendige Wende - hin zur Nutzung erneuerbarer Energien - sozial verantwortungsbewusst gestaltet. Die entsprechenden Entscheidungen müssen in der nächsten Legislaturperiode fallen.

7. Demokratie leben, Rechtsstaat stärken

Wir wollen, dass Brandenburg wieder jene Vorreiterrolle einnimmt, die das Land Anfang der 90er Jahre mit seiner modernen Landesverfassung schon einmal hatte. Es geht um eine neue Wende hin zu mehr unmittelbarer Mitwirkung und Mitentscheidung der Bürgerinnen und Bürger an den politischen Prozessen. Für die Direkte Demokratie sind bessere Bedingungen zu schaffen: die Bürgerinnen und Bürger müssen sich möglichst in Wohnortnähe einbringen können, die technischen und kommunikativen Möglichkeiten des Internet sind auszubauen und zu nutzen. Auch eine Kostenerstattungsregelung steht auf der Tagesordnung.

Jugendliche sollen erweiterte Abstimmungsmöglichkeiten bekommen; wir wollen das Wahlalter bei kommunalen Wahlen und Volksabstimmungen auf 16 Jahre herab setzen.

Wir unterstützen und fördern die Einführung von Bürgerhaushalten. Auf dem Weg zur Bürgerkommune können Bürgerinnen und Bürger ihre Angelegenheiten mehr und mehr in die eigenen Hände nehmen.

Die komplizierten Bedingungen im Lande wie die anstehenden Veränderungen erfordern zudem eine grundlegende Reform der gesamten parlamentarischen Arbeit. Wir bündeln unsere Vorstellungen in dem Projekt „Ein Parlament – dem Volke zugewandt“. Für uns gehören dazu vor allem mehr Öffentlichkeit in der Parlamentsarbeit, die Erweiterung der Informations- und Kontrollrechte des Landtages gegenüber der Regierung, die Stärkung der Rolle der Opposition und eine Neuordnung der Abgeordnetengesetzgebung zur Abschaffung unzeitgemäßer Privilegien.

Demokratie setzt Rechtstaatlichkeit voraus. DIE LINKE als Bürgerrechtspartei wendet sich gegen den Ausbau des Überwachungsstaates. Unser Anspruch ist, gestaltend in den Ausbau des Rechtsstaates einzugreifen. Es geht nicht nur darum, Beschädigungen des Rechtsstaates zu verhindern, sondern positive Entwicklungen in Gang setzen.

Bürgerliche Grundrechte wie der Schutz der Privatsphäre, das Briefgeheimnis, die Unantastbarkeit der Wohnung und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung dürfen nicht weiter ausgehöhlt werden. Das Verhältnismäßigkeitsprinzip muss wieder hergestellt werden. Öffentliche Sicherheit entsteht nicht durch den Einsatz der Bundeswehr im Inneren und nicht durch aktionistische Ausweitung polizeilicher Eingriffsbefugnisse. Wir setzen auf Kriminalprävention durch Sicherung des Sozialstaates. Wir setzen auf einen wirksamen Ausbau der kommunalen Kriminalitätsverhütung. Wir fordern einen Ausbau des Netzes der Revierpolizisten und die Präsenz einer bürgernahen Polizei. Wir setzen uns ein für eine zeitnahe Verfolgung von Straftaten und einen Strafvollzug, der zu einem straffreien Leben erzieht.

8. Finanzpolitik mit Courage und Augenmaß

Finanzielle Spielräume für eine Politik, die nicht nur ihre gesetzlichen Pflichtaufgaben verwalten will,

sondern nachhaltige Entwicklung mit eigenem Gestaltungsanspruch betreiben will, sind äußerst eingeschränkt. Wir antworten darauf durch eine Finanzpolitik mit Courage und Augenmaß.

Um Politik nicht zu einer ausschließlichen Rotstift-Politik verkommen zu lassen, gehört die Frage nach einer verbesserten Einnahmepolitik des Landes auf die Tagesordnung – Antworten darauf enthalten u. a. die „Steuervorschläge der LINKEN“ im Bund.

Auch für die LINKE ist die Haushaltskonsolidierung ein wichtiges politisches Ziel – es geht dabei aber immer um die Handlungsfähigkeit von Politik. Sowohl ausufernde weitere Verschuldung als auch platte Verschuldungsverbote machen Politik aber handlungsunfähig. Steuerverschwendung muss bekämpft werden.

Durch eine Konzentration der vorhandenen Mittel und Programme auf politische, soziale und wirtschaftliche Schwerpunkte wollen wir angesichts begrenzter finanzieller Ressourcen den großen und weiter zunehmenden regionalen Disparitäten und unterschiedlichen Problemlagen im Land Rechnung getragen werden. Notwendige Strukturinvestitionen sowie die Öffentliche Daseinsvorsorge müssen finanziert werden.

Zu den anstehenden finanzpolitischen Veränderungen im Land Brandenburg gehören:

- ♦ Verbesserung der Kommunalfinanzierung mit dem Ziel, den Kommunen künftig die notwendige Handlungsfähigkeit zu geben und einen Grundkanon öffentlicher Leistungen zu sichern, der die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, wie sie die brandenburgische Landesverfassung im Artikel 44 vorsieht, gewährleistet.
- ♦ Der Umbau der Förderlogik und –struktur, damit Brandenburg auch nach 2010 finanzielle Anreize und Unterstützung bieten kann. Neben Zuschüssen oder revolvingierenden Fonds sind Bürgerschafts- und Beteiligungsprogramme neu zu gestalten. Im Zusammenhang damit ist die Evaluation der EU-Strukturfondsmittel zu nutzen, um die Möglichkeiten der europäischen Förderung für eine Verbindung von klassischer Investitionsförderung mit anderen Erfordernissen herzustellen.
- ♦ Anpassung der rigiden Personalplanung an den tatsächlichen Bedarf, um Grundzüge der Entwicklung in Brandenburg sicherstellen zu können.

Brandenburg muss an seiner Ablehnung eines generelle Verschuldungsverbotes für die Länder im Rahmen der Föderalismus-Reform II festhalten. Zugleich ist zu klären, wofür und in welchen Grenzen Verschuldung in Kauf genommen wird. Die Grenzen lassen sich durch Defizitkorridore regeln. Zudem muss die Ausgabenstruktur anders gestaltet werden – Zukunftsausgaben sind Investitionen, nicht konsumtiv.

Die finanzpolitischen Handlungsspielräume lassen sich letztlich erst vor Hintergrund Finanzkrise präzise definieren. Deren Ausmaße und Wirkungen sind derzeit noch nicht voll absehbar.

9. Die europäische Dimension ausfüllen.

Brandenburg liegt mitten in Europa, inmitten der Europäischen Union – diese Rolle muss das Land aktiv ausfüllen. Landtag und Landesregierung müssen die Interessen unseres Landes genauer artikulieren und wirksamer in die europäischen Entscheidungsprozesse einbringen. Von besonderer Bedeutung sind dabei politische Forderungen zur Ausgestaltung eines sozialen Europas, zur Stärkung der Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter den Bedingungen der Globalisierung.

Notwendig sind eine eigenständige Europapolitik und eine den Bedingungen der internationalen Arbeitsteilung angepasste Landesstrategie. Anstelle eines Neben- oder Gegeneinanders muss das Miteinander der Ressorts, eine abgestimmte Zusammenarbeit von Landesregierung und Landtag treten.

Die Probleme, die es zu lösen gilt, sind förmlich mit den Händen zu greifen:

So könnten etwa durch die Erarbeitung und Umsetzung einer Strategie zum Ausbau der Mehrsprachigkeit die Brandenburger nur gewinnen - ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt im In- und Ausland würden wachsen, der Erwerb interkultureller Kompetenz wäre ein Beitrag für mehr Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit im Lande.

Zu den anstehenden Aufgaben gehört ebenso die Vorbereitung des Landes auf die Arbeitnehmerfreizügigkeit für alle EU-Ausländer ab 2011 - sie muss jetzt beginnen.

Anstelle der Lissabon-Strategie, die einseitig auf Liberalisierung, Flexibilisierung und Kostensenkung für Unternehmen setzt, braucht die Europäische Union eine Strategie für Solidarität und nachhaltige Entwicklung. Gemeinsam mit anderen linken Parteien und Partnern in der europäischen Zivilgesellschaft werden wir uns in Vorbereitung auf die Europawahl 2009 für eine soziale Fortschrittsklausel in den europäischen Verträgen einsetzen. Es muss Schluss sein mit dem - vom Europäischen Gerichtshof in diversen Urteilen sanktionierten - Lohndumping bei öffentlichen Aufträgen. Änderungen in der EU-Entsenderichtlinie sollen verhindern, dass nur auf Mindestlohniveau entlohnt wird und Mindeststandards Normalität sind.

In knapp einem Jahr wird ein neuer Landtag gewählt. Bis dahin hat Brandenburg Zeit und Gelegenheit, sich über seine Perspektiven klar zu werden und zu entscheiden, wie es weiter gehen soll, wie der richtige Weg verläuft.

Die SPD in Brandenburg hält sich zu Gute, was Brandenburg liebens- und lebenswert macht. Aber sie trägt landes- und auch bundespolitisch Verantwortung für soziale Missstände: für Armut und schlecht bezahlte Arbeit, für einen sozialen Flickenteppich im Land, für das Stottern im Bildungswesen, für die Sorgen in den schwachen Regionen und in den kleineren Städten. Damit muss jetzt aufgeräumt werden. Wenn die SPD nicht nur darüber reden will, muss sie einen Politikwechsel vollziehen und nach Partnern und nicht nach Ausreden suchen.

20 Jahre nach Beginn des demokratischen Umbruchs in der DDR, in dem auch Wurzeln unserer Partei liegen, formulieren wir unsere Vorschläge in der Tradition des Herbstes 1989 - der Idee des demokratischen Sozialismus, der Einheit von individuellen Freiheits- und sozialen Menschenrechten, von Demokratie, Rechts- und Sozialstaat. Dem Grundsatz: Global denken - lokal handeln. Unsere Leitidee für Brandenburg ist die der gleichberechtigten Teilhabe aller. Der Weg zur politischen Entscheidung ist für uns der Dialog. Der Weg zur politischen Entscheidung ist für uns der Dialog. Gewalt und Intoleranz, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und autoritäre Bestrebungen, Demokratieverachtung und Geschichtsverleugnung bekämpfen wir und streben in diesem Sinne nach einem breiten gesellschaftlichen Bündnis gegen Rechtsextremismus. Wir sprechen uns für eine enge, wirklich gleichberechtigte Partnerschaft mit unseren polnischen Nachbarn aus - der 70. Jahr des Überfalls Hitlerdeutschlands auf das unabhängige Polen ist nicht nur Mahnung sondern auch Anlass für eine neue Qualität der Zusammenarbeit.

Brandenburg hat die Möglichkeit, einen guten Weg zu beschreiten. Es gibt eine Mehrheit für ein solidarisches, der Zukunft zugewandtes Land. Dass der Weg begangen, dass die Zukunft gewonnen, dass die solidarische Mehrheit politisch wirksam werden kann, setzt engagierte Bürgerinnen und Bürger und eine starke und einflussreiche LINKE voraus.

Beschluss der 2. Tagung des 1. Landesparteitage

Die Landessatzung der Partei DIE LINKE. Landesverband Brandenburg wird wie folgt geändert.

An § 1 Abs. 1 Satz 1 der Landessatzung wird folgender Satz angefügt:

„Die Kurzbezeichnung ist DIE LINKE.“

In § 1 Abs. 2 wird der Punkt hinter den Worten „DIE LINKE“ gestrichen.

In § 34 Landessatzung wird ein Absatz 5 angefügt, der wie folgt lautet:

„Soweit vorstehend nichts anderes bestimmt ist und sich aus den Wahlgesetzen nichts anderes ergibt, gelten die Regelungen zum Landesparteitag sinngemäß.“

In § 38 Abs. 1 Satz 1 der Landessatzung wird der Punkt hinter den Worten „DIE LINKE“ gestrichen.

Wahlergebnis des Parteitages

Liste Ersatzdelegierte Bundesausschuss

abgegebene Stimmen:	140		
KandidatIn	Ja	Nein	Enthaltung
Rosemarie Kaersten	106	23	9
Artur Pech	101	16	11
Petra Wirth	85	39	14

Es waren drei Mandate zu vergeben. Gewählt sind Rosemarie Kaersten, Artur Pech und Petra Wirth.